blätter des iz3w

herausgegeben vom INFORMATIONSZENTRUM DRITTE WELT
78 freiburg lorettostr. 20 a

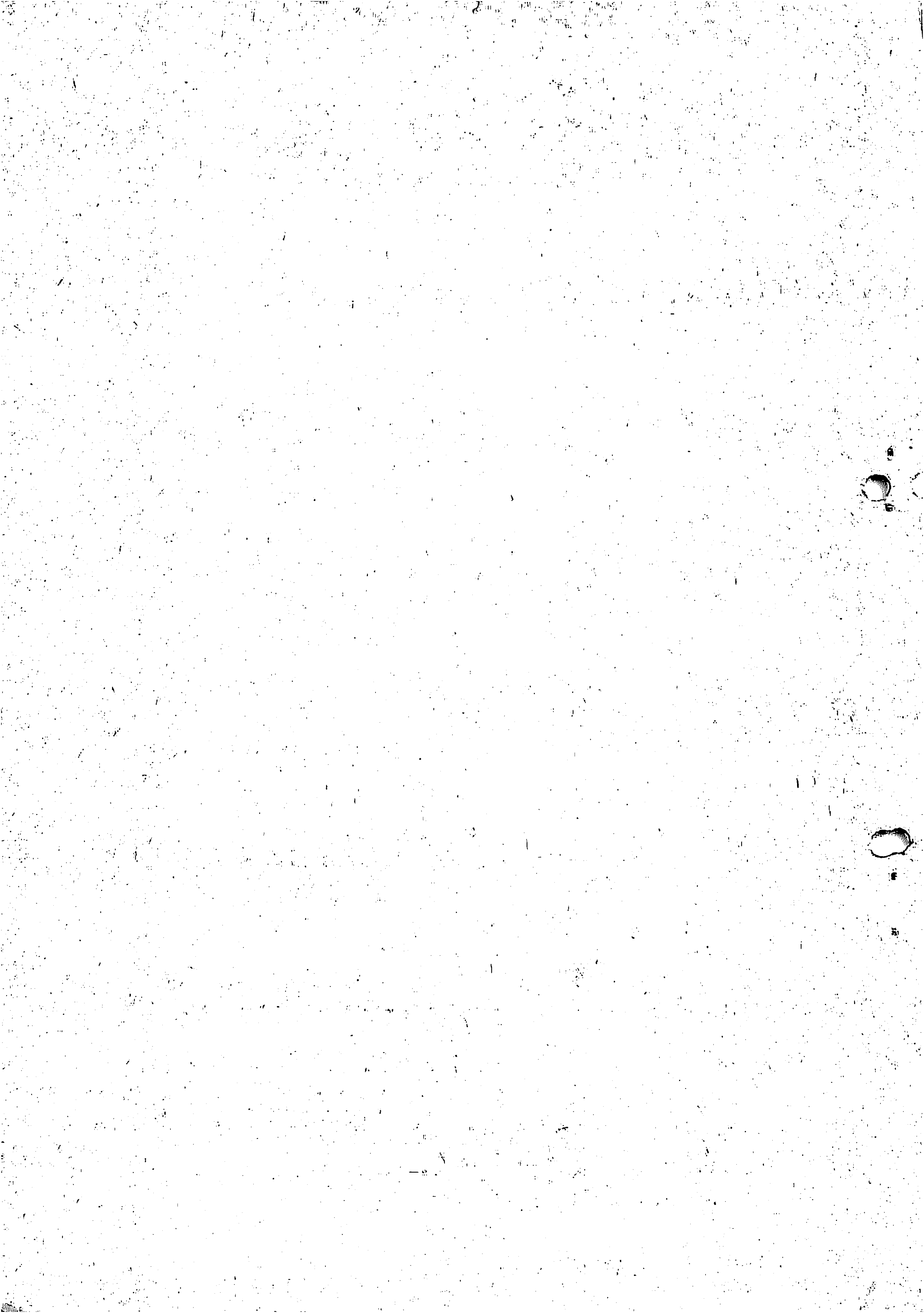
nr. 2-3 dez. 70 - jan. 71

INHALT :

Zusammengestellt und herausgegeben von :

S. Bartels, G. Cremer, C. Erichsen, F. Hemmerich, P. Riedesser, G. Stingl, G. Thöns, H. Werner und anderen.

Auflage : 4000

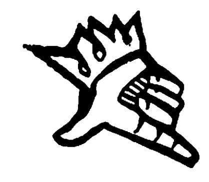


Nr.1 Nov.70

Inhalt

Zusammengestellt und herausgegeben von :
S.Bartels, G.Cremer, C.Erichsen, F.Hemmerich, A.Hundsdörfer, M.Nienhaus, P.Riedesser, G.Stingl, H.Topf

NACHBESTELLUNGEN noch möglich !



ZUR SACHE

Bei der Versendung der ersten Nummer einer neuen Zeitschrift mit Hilfe einer Adressenkartei, die in wesentlichen Teilen lückenhaft ist - daher ja die Gründung des iz3w zur verstärkten Kommunikation - werden nicht nur ein Grossteil der eventuell Interessierten nicht erreicht, sondern mit beträchtlichem Zeit-und Materialaufwand auch "Karteileichen" beschickt, deren Glaubwürdigkeit dadurch, dass sie auf Rundbriefe (im Wert von etwa 3 DM einschl.Porto) weder positives noch negatives Feed-back geben, nicht gerade gewinnt.

Gerade die geringe Zahl der Aktiven in der BRD und die im Verhältnis zu den unkritischen oder bewusst reaktionären Massenmedien (ZDF,Bild, Springerpresse, ZEIT, FAZ, usw., Illustriertenmarkt) verschwindend geringen finanziellen und damit publizistischen Möglichkeiten zwingen uns zu einem Minimum an Zusammenarbeit und Disziplin, weil sonst keine kontinuierliche Arbeit in überregionalem Rahmen möglich ist. Daher unsere Bitte:

1) Werben Sie neue Abonnenten für uns, damit wir auflagenstärker und damit auch unabhängiger werden (bisherige Auflage zwischen 3-4000). Teilen Sie uns neue Adressen mit, an die wir Probeexemplare senden können.
   Da wir hier in Freiburg über eine Lokalkartei verfügen, besteht die Möglichkeit für interessierte Einzelpersonen sich Gruppen in ihrer Umgebung anzuschliessen. Hierzu ist erforderlich, dass uns die Adresse (mit Postleitzahl) zugeschickt wird.

2) Schicken Sie uns eigene Beiträge (zur Strategiedebatte, Analysen sowie "dicke Hunde" aus der Entwicklungsländerpolitik, Tagungstermine und -Berichte, usw.).

Projekte wie Sonderdrucke, Plakate, Broschüren etc. können längerfristig und in grösserem Umfang geplant werden, wenn wir nicht permanent infolge Angst vor totaler privater Verschuldung vieles auf Sparflamme halten müssen. Überweisen Sie uns daher bitte nicht ausgerechnet DM -.70 pro Nummer als Einzelüberweisung (so geschehen!), sondern zahlen Sie am besten für 1 Jahr im Voraus und runden Sie bei ungeraden Beträgen nach oben auf. Ihr Spenden"surplus" wird selbstverständlich allein für Sachkosten verwendet.

Im übrigen sind wir telefonisch sicher erreichbar montags und mittwochs von 20-22 Uhr unter 0761/71028 App.29 sowie täglich im AStA unter 0761/203682.

Ihr

iz3w-Team

aufruf zur Kampagne C.B.[1]

Die Beteiligung deutscher Firmen am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique und die finanzielle Absicherung des Vorhabens durch die Bundesregierung widersprechen den Ergebnissen moderner, emanzipatorischer Entwicklungsforschung.

Das portugiesische Kolonialregime und das den Staudamm militärisch absichernde Apartheid-Regime Südafrikas mißachten die Menschenrechte und die sich auf sie berufenden Resolutionen der Vereinten Nationen.

Die Treue zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die von uns fordert, "dem Frieden in der Welt zu dienen", die Anerkennung der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dez. 1948 und die praktische Solidarität mit den unterdrückten Bürgern Mozambiques sind für uns wichtiger als die Rücksicht auf die Profitinteressen der beteiligten deutschen Firmen.

Wenn wir nicht unser Vietnam im Süden Afrikas erleben wollen, dann müssen wir uns jetzt mit allen uns zu Gebote stehenden, gewaltfreien Mitteln gegen das Cabora-Bassa-Projekt und für die Realisierung der Menschenrechte im portugiesischen und südafrikanischen Herrschaftsbereich einsetzen.

Wir fordern von den beteiligten Firmen und von der Bundesregierung, daß sie sich - selbst wenn es mit finanziellen Einbußen verbunden sein sollte - von dem Cabora-Bassa-Projekt zurückziehen.

Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, erklären wir hiermit, daß wir bis zu ihrer Erfüllung keine Produkte der beteiligten Firmen AEG-Telefunken, BBC, Hochtief, Siemens und J. Voith kaufen oder in Auftrag geben werden. Diesen Entschluß werden wir den Firmen und der Bundesregierung mitteilen.

Unterschriften : (u.v.a.) Dr. U. Albrecht, VDW-Forschungsstelle, Hamburg, Dr. H.E. Bosse, Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg, Eike Dechow, Berufsschulpfarrer, Minden, Prof. Dr.Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin, Günter Fritz, Kaufmann, Stuttgart, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin, Dr. Jürgen Heinrichs, VDW-Forschungsstelle, Hamburg, Dr. Heinz Kloppenburg, Oberkirchenrat, Bremen, Prof. Dr. Alexander Mitscherlich, Frankfurt, Sommer, Krankenpfleger, Göttingen ...

Die AKTION DRITTE WELT, Freiburg, konnte in Straßenaktionen mehrere hundert Personen aus allen Bevölkerungsschichten dazu bewegen, den Boykottaufruf gegen die Cabora-Bassa Firmen zu unterzeichnen.

Rückzug aus Cabora-Bassa-Projekt

MAILAND, 18. Dezember (AP). Die italienische Firma Societa Anonima Elettrificazione (SAE), Mailand, hat am Freitag bestätigt, daß sie sich aus dem Cabora-Bassa-Staudammprojekt in Nordmosambik zurückzieht. Das italienische Unternehmen, das Hochspannungsleitungen herstellt, begründet seinen Entschluß mit Finanzierungsschwierigkeiten. Es wird jedoch angenommen, daß es politischem Druck nachgegeben hat, der seit Juni auf das Unternehmen ausgeübt worden war. Der SAE-Anteil an dem 350-Millionen-Dollar-Projekt soll allerdings nur 20 Millionen Dollar betragen.

Frankfurter Rundschau 19.12.70

1) Entnommen aus : frieden + gerechtigkeit - gewaltfreie aktion heft 5/6 1970, S. 94 f

Der Kampf geht weiter !

- Anmerkungen zum Boykottaufruf gegen die Cabora-Bassa-Firmen -

- Zu einem Zeitpunkt,
  an dem immer klarer wird, dass die Bundesregierung nicht daran denkt, sich von den einmal übernommenen Bürgschaftsverpflichtungen zurückzuziehen.
- wo bereits grosse Farbberichte in "Bunte" und "Quick" von den ersten Fortschritten "unserer Männer" beim Cabora-Bassa-Projekt berichten,
- wo viele Gruppen sich bereits mit einem resignierenden "Da-ist-doch-nichts zu machen" aus dem kurzen Ausflug in die Praxis wieder in die Theorie des Klassenkampfes im Spätkapitalismus zurückziehen, wirkt der obenstehende Boykottaufruf im ersten Augenblick wie ein schlechter Witz.

Nun ist es sicher zu optimistisch, "das Ganze mehr oder weniger als ein Rechenexempel" zu betrachten, und zu glauben, ein Boykott stelle die Firmen "vor die nüchterne Alternative, entweder auf Profite im innerdeutschen Markt oder auf Profite in Mozambique zu verzichten".[1] Denn mindestens drei der vier wichtigsten "Voraussetzungen für das Gelingen eines Boykotts"[2] sind heute noch nicht gegeben.

1. Es ist noch keine zentrale Organisation vorhanden, dafür aber 100 Grüppchen, die bisher nur schwach zusammenarbeiten.
2. Man kann sich in diesem Fall nicht auf die Auswahl eines (oder möglichst weniger Produkte) beschränken, das boykottiert werden soll, da die betroffenen Elektrofirmen allein auf dem Haushaltsgerätesektor eine Unzahl von Produkten anbieten.
3. Die Machtposition der Gruppe, die den Boykott ausüben soll, am Markt ist denkbar gering, denn Schüler und Studenten sind nicht gerade die kaufkräftigsten Gruppen der Bevölkerung.
4. Eine gewisse Sympathie eines Teils der "Öffentlichen Meinung" ist zwar gegeben, wenn man die "öffentliche Meinung" aber nach der Auflagenstärke und dem "Prominenzgrad" misst, ist auch in diesem Punkt wenig zu hoffen.

Angesichts dieser Lage kann der Boykott nur dann einen direkten Erfolg bringen, wenn sich etablierte Orgnanisationen, wie z.B. die EKD, die Bischofskonferenz, die SPD oder die Gewerkschaften ihm anschliessen würden.

Für eine derartige Unterstützung gibt es aus jüngster Zeit schon ein Beispiel (s.nebenstehende Notiz), dennoch sollte man mehr als auf den kurzfristigen Erfolg zu sehen, die langfristige Dimension im Auge behalten. Denn im Rahmen einer langfristigen Strategie kann der Boykott eine wesentliche Rolle spielen.

Frankfurter Rundschau 10.12.70

Aufruf zum „Pistensaft"-Boykott

NEW YORK, 9. Dezember (epd). Die rund zwei Millionen Mitglieder zählende Vereinigte Kirche Christi in den USA ist von ihrem sozialpolitischen Ausschuß aufgerufen worden, die Produkte der „Gulf"-Mineralölgesellschaft zu boykottieren. Der Ausschuß billigte eine Erklärung, in der kritisiert wird, daß „Gulf" durch Wahrnehmung einer Ölkonzession in Angola „den Portugiesen in ihren Kriegen gegen die Unabhängigkeitsbewegungen von Angola, Mosambik und Portugiesisch-Guinea wirtschaftliche, moralische und politische Unterstützung gewährt". Die Mitglieder der Kirche werden „ermutigt", ihre „Gulf"-Kreditkarten zurückzusenden. — „Gulf" wirbt seit einiger Zeit auch auf dem bundesdeutschen Markt mit Slogans wie dem Bibelzitat „Hölle, wo ist dein Sieg?" für seinen „Pistensaft".

Die langfristige Dimension.

1. Politisierung der Boykottierenden und der Öffentlichkeit.

Mehr als bloße Demonstrationen oder Plakat-und Flugblattaktionen bietet ein Boykottaufruf einen guten "Aufhänger", um eine breitere Öffentlichkeit (d.h. insbesondere die Presse) über Cabora-Bassa und die Zustände im südlichen Afrika zu informieren und damit den immerhin schon in Andeutungen vorhandenen Druck auf Politik und Wirtschaft zu verstärken (Fritz Berg, BDI-Präsident: "Die Stimmung der deutschen Unternehmer war noch nie so schlecht wie heute", Frankfurter Rundschau, 12.12.70).
Ebenso ist derjenige, der den Boykott unterschreibt, gezwungen, sich selbst - vor-oder nachher - intensiver mit diesen Problemen auseinanderzusetzen ("learning by doing").

2. Imageverschlechterung der Firmen.

Überraschend prompt und sauer reagierten die Firmen bereits auf vereinzelte Boykottaufrufe und drohten mit gerichtlichen Schritten, die sie dann aber doch unterliessen. Ihr Image, das ihnen heute hilft, die Werbungskosten morgen niedrig und die Profite hoch zu halten ("AEG = Aus Erfahrung Gut"), kann durch einen solchen Boykott empfindlich geschädigt werden.

3. Anschlussprojekte nach dem Bau des Cabora-Bassa-Staudammes verhindern

Die Beteiligung am Dammbau wird für die meisten Firmen erst rentabel, wenn entsprechende Anschlussprojekte in Mozambique folgen (so ein Vertreter von BBC-Baden zur Angola-Gruppe Bern). Wenn es gelingen sollte, einen derartigen Druck auf Wirtschaft und Regierung zu erzeugen, dass Bürgschaften für solche Projekte fraglich würden, dann könnte sogar der gesamte Dammbau in Frage gestellt werden.

4. Stopp derWaffenlieferungen für Portugal.

Der beste Dienst, den die Gruppen in Deutschland den Befreiungsbewegungen leisten können, ist die Verhinderung weiterer Waffenlieferung an Portugal. Im Zusammenhang mit dem Boykott kann diese Frage immer wieder angesprochen werden. Die Bundesregierung wird dann nicht mehr lange über die vorliegenden Beweise [3] hinwegsehen können.

5. Weitere Projekte im südlichen Afrika verhindern.

Cabora-Bassa ist kein Einzelfall. Insbesondere in der Südafrikanischen Republik haben sich deutsche Firmen (102 !) engagiert (s.beiliegendes Paper). Gegen diese bereits vorgenommenen Investitionen wird man wenig ausrichten können, obwohl man einzelne Firmen exemplarisch boykottieren könnte. Verhindern kann man dagegen neue Projekte - das hat das Uranschürfungsprojekt in Namibia gezeigt, für das nach Aussagen von Entwicklungsminister Eppler[4] aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit und der UNO keine Bürgschaften gegeben werden.

Nochmals Cabora-Bassa

Auch kurzfristig eröffnen sich für den Boykott gegen die Cabora-Bassa-Firmen einige Chancen:

1. Nach neuesten Informationen gibt es innerhalb von AEG und Siemens Gruppen,die sich gegen die weitere Teilnahme am Projekt wenden.
2. Bei dem augenblicklichen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt können Umsatzrückgänge im Haushaltsgerätesektor insbesondere für AEG-Telefunken negative Auswirkungen haben. Nach unseren Informationen ist dies der einzige Sektor, auf dem diese Firma derzeit noch Gewinne (30 %!)macht.

3. Innerhalb des DGB scheint ausgehend von der Friedrich-Ebert-Stiftung allmählich ein Stimmungsumschwung in Gang zu kommen.

"Wenn wir den Damm nicht zerstören, dann wird er uns alle vernichten. Dann wird das weisse und rassistische Afrika endgültig gewonnen haben".

Eduardo Mondlane, Präsident der Frelimo bis zu seiner Ermordnung am 3.Febr. 1969.

gs

Quellen:

1) Theodor Ebert in "Gewaltfreie Aktion" 5/6, 197o, S.98.
2) Volker Hornung in a.a.O.S.3/4.
3) vgl.etwa Michael Nienhaus "Die Solidarität mit den Völkern der Entwicklungsländer oder das Geschäft der Bundesregierung mit dem Krieg, vervielfältigtes Manuskript des Informatiomszentrums Dritte Welt, Freiburg, Dez.1970,S.4/5.
4) Antwort von Entwicklungsminister Eppler auf den offenen Brief einer ehemaligen Entwicklungshelferin.

Weitere Literatur zum Problemkreis:

- Adam, Heribert, Südafrika, ed.suhrkamp 393
- Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Mozambique u.Guinea Bissao (Infi Berlin). Oberbaumpresse, 2.Aufl.1970 (vgl.dort Literatur!)
- Mondlane, Ed., The Struggle for Mozambique, African Library
- Chaliand, Bewaffneter Kampf in Afrika, Trikont 1969
- Cabral, Revolution in Guinea, London 1970 (dtsch.Oberbaumpresse 70)
- Boavida, Angola, ed.suhrkamp 366
- ESG-Nachrichten Nr.45 vom 31.3.69,Südafrika (in Stuttgart vergriffen; in örtl.ESG vorhand-en)
- ESG-Nachrichten,Nr.56 vom 23.10.70,Cabora-Bassa-Projekt (2.Aufl. über RADIUS-Verlag Stuttgart bestellen)
- epd-Dokumentation 40/70 + 45/70 (Rassismus 1.+ 2.Teil) (epd.6, Frankfurt,Friedrichstr.34
- VELKD-Information Nr.5 vom 6.11.70,Kirche und Rassismus (VELKD, 3 Hannover 1, R.-Wagner-Str.26)
- epd-Zentralausgabe Nr.173 vom 3.9.70 und alle ff.Nr.(Bezugsanschrift s.oben)
- Beckmann ,Klaus Martin, Rasse,Kirche und Humanum, Gütersloher Verlagshaus 70
- ders., Rasse, Entwicklung und Revolution, Beiheft zur Ökumen.Rundschau 14/15, Stuttgart 1970
- POGROM, Zeitschtift d.Gesellschaft f.Leben u.Zukunft bedrohter Völker e.V., 2 Hamburg 13, Parkallee 18
- SOUTHERN AFRICA, A Monthly Survey of News and Opinion, Publ.by the Southern Africa Committee of the Universit y Christian Movement, Room 752, 475 Riverside Drive, N.Y., N.Y. 10027,USA.
- Das Argument 59/Nov.70: Afrika zwischen Imperialismus undSozialismus
- Violence in Southern Africa, A Christian Assessment of The British Council of Churches , SCM Press Ltd.56 Bloomsburg Street London WCI,1970
- Stingl,Georg, Die Lage in Namibia und das Uranschürfungsprojekt in Rössing,Informationszentrum Dritte Welt,Freiburg Dez.1970
- Henning Topf,My Lai in Afrika - Warum wir gegen Cabora-Bassa sind, Informat.zentrum Dritte Welt,Freiburg Dez.1970
- Antiimperialist.Informat.bulletin,Nr.1-5; bes.auch:Sondernummer: Referat u.Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas,Guineas u.Mozambiques.Zu beziehen bei: Antimperialist. Informat.bulletin,p.A.Barbara Schilling,355 Marburg,Liebigstr.46.

DED und FRELIMO

Wen es angeht...

Offener Brief der Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes in Tanzania

Seit 1964 arbeitet der Deutsche Entwicklungsdienst in Tanzania. Zur Zeit sind 36 "Entwicklungshelfer" in verschiedenen Projekten (Bildungs-, Gesundheitswesen, Handwerkerausbildung) tätig.

Wir arbeiten in einem Land, das trotz 10-jähriger Unabhängigkeit nicht vergessen hat,dass viele Menschen, besonders im Süden des "Schwarzen Kontinents", im-mer noch in Unfreiheit leben. Konsequent hat Tanzania verschiedenen Freiheitsbewegungen gestattet, von seinem Territorium aus für ihre Sache tätig zu werden. Deshalb konnten wir persönlich Freiheitskämpfer aus Süd-Afrika und Mosambik kennen lernen. Wir sind dabei Menschen begegnet, die bereit sind, ihr Leben gegen die unmenschliche Unterdrückung einzusetzen. Bis zu den Massakern von Sharpville (Süd-Afrika) und Mueda (Mosambik), bei denen Hunderte von friedlichen Demonstranten niedergeschossen wurden, versuchten diese Organisationen ihr Ziel durch gewaltlosen Widerstand zu erreichen.

Zu diesem Zeitpunkt versäumte die westliche Welt, sich mit den Unterdrückten zu solidarisieren. Im Gegenteil, durch Waffenlieferungen und umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen wurden die Regime in Portugal und Süd-Afrika militärisch und ökonomisch gestärkt und politisch aufgewertet. Soweit das die Bundesrepublik angeht, können diese Maßnahmen nur als politische Schizophrenie verstanden werden. Ein Volk, das von der Weltöffentlichkeit Unterstützung in seinem Anspruch auf Selbstbestimmung erwartete, nimmt sich das Recht, die gleiche Forderung, soweit sie in Afrika erhoben wird, zu negieren. Nachdem die "freie Welt" nicht bereit war, für die Verwirklichung ihrer sonst lautstark propagierten "Ideale" in diesem Teil der Welt einzutreten, konnte die notwendige Hilfe folgerichtig nur von der anderen Seite kommen.

Heute müssen wir uns fragen, inwieweit unsere inkonsequente Haltung die unterdrückten Völker gezwungen hat, das Prinzip der Gewaltlosigkeit aufzugeben.

Mit den Freiheitskämpfern sind wir der Ansicht, dass durch umfassende politische und ökonomische Massnahmen von unserer Seite ein Guerillakrieg vermieden worden wäre.

Müssen nicht Regime wie die in Portugal und Süd-Afrika Waffenlieferungen und Handelsbeziehungen als augenzwinkernde Billigung ihrer Unterdrückungspolitik verstehen?

Und umgekehrt: Werden nicht die Verweigerung aller Waffenlieferungen und die Einfrierung der wirtschaftlichen Beziehungen diese Regime zwingen, ihre Positionen neu zu überdenken? Können wir zulassen, dass Portugal, das Armenhaus Europas, mit unserer Hilfe ein Vietnam in Afrika schafft? Wie wird unsere Reaktion sein, wenn wir mit Bildern aus einem afrikanischen My-Lai konfrontiert werden,und der Krieg vietnamesische Ausmasse angenommen hat? Wie oft können wir es uns noch leisten, Hilferufe unterdrückter Völker zu überhören? Warum offerieren wir Hilfe und Solidarität immer erst dann, wenn sie nicht mehr Wunden heilen, sondern nur noch die Qualen lindern kann?

Das bedeutet für uns:

Wir müssen uns der verzweifelten Lage der unterdrückten Völker bewusst werden.

Wir dürfen keine weiteren Cabora-Bassas zulassen,auch wenn man uns glauben machen will, dass unsere Wirtschaft auf solche Aufträge angewiesen ist. Tatsächlich sind solche Projekte politische und wirtschaftliche Rohrkrepierer, zumindest auf lange Sicht.

Wir müssen unsere politischen Vertreter veranlassen,die Waffenlieferungen an Portugal und Südafrika zu verhindern, solange hier rassistische Politik gemacht wird.

Noch haben wir Zeit zum Handeln, - wie lange noch?
In Afrika bleibt uns nicht mehr viel Zeit....

Nachfolgend ein Interview mit Marcellino dos Santos, dem Vize-Präsidenten der Frelimo, dem es ein Anliegen ist, in der Bundesrepublik Verständnis und Unterstützung für den Freiheitskampf der Bevölkerung von Mosambik zu wecken.

INTERVIEW DEUTSCHER ENTWICKLUNGSHELFER IN TANZANIA MIT HERRN MARCELLINO DOS SANTOS, DEM VIZEPRÄSIDENTEN DER BEFREIUNGSFRONT VON MOSAMBIK (FRELIMO)

F.: Herr dos Santos, Präsident Kenneth Kaunda von Sambia sagte auf der Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba: "Schwarz-Afrika ist bereit, Portugal bei der Lösung des Problems seiner afrikanischen Territorien zu helfen". Er fuhr fort: "Afrika ist bereit zu verhandeln" und "Wir sind bereit, Portugal als Freund anzuerkennen", aber solange keine positive Reaktion aus Lissabon kommt, "ist Freundschaft unmöglich".
Stimmt FRELIMO mit Präsident Kaunda in diesen Punkten überein?

A.: Ja, wir stimmen mit Präsident Kaunda überein, doch unsere Grundbedingung für Verhandlungen ist Portugals Bereitschaft, unser Recht auf Unabhängigkeit anzuerkennen. Es ist nicht ausreichend, dass die Kolonialmacht das Prinzip der Selbstbestimmung akzeptiert, denn oftmals ist dies nicht mehr als ein taktisches Manöver.

F.: Begann Ihre Revolution als eine"Revolution von oben" ?

A.: Nein, das kann man nicht sagen, Unsere Revolution ist die Revolution der Bevölkerung von Mosambik, der Bauern, Arbeiter, Beamten und Intellektuellen.

F.: Aus welchen Gründen sind Sie FRELIMO beigetreten?

A.: Ich habe mich FRELIMO angeschlossen wie die meisten von uns: Als 1962 FRELIMO gegründet wurde, waren wir alle mehr oder weniger Mitglieder der Organisationen, welche vor FRELIMO existierten. Wir beschlossen, unsere Kräfte zusammenzufassen. Das Ergebnis war FRELIMO. Das war der Zeitpunkt, in dem sich das Volk von Mosambik gegen die Unterdrücker zusammenschloss. FRELIMO beizutreten, war die logische Fortsetzung des Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus.

F.: Herr dos Santos, 1961 wurde der Unterschied zwischen "assimilados" und "indigenas", zwischen "Assimilierten" und "Eingeborenen", aufgehoben. Sind alle Menschen der portugiesischen Kolonien nun portugiesische Staatsbürger und gleichberechtigt?

A.: Es stimmt, 1961 wurde dieser Unterschied aufgehoben. Portugal wurde zu diesem Schritt durch das erwachende politische und nationale Bewusstsein in Mosambik gezwungen. Tatsächlich hat sich aber an den Zuständen nichts geändert, da das Regime daran nicht interessiert war. Der Weltöffentlichkeit wurde durch dieses Manöver Sand in die Augen gestreut.

F.: FRELIMO gehört zu denjenigen Freiheitsbewegungen, welche Unterstützung vom Weltkirchenrat und von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten sollen. Wird FRELIMO diese Hilfe annehmen und wie wird sie verwendet?

A.: Wir müssen zwischen der Hilfe, die wir vom Weltkirchenrat bekommen, und der Hilfe seitens der Friedrich-Ebert-Stiftung unterscheiden. Vom Weltkirchenrat haben wir bereits Gelder bekommen, welche im Bereich der Erziehung und des Gesundheitswesens verwendet werden. Dafür sind wir dem Weltkirchenrat sehr dankbar.
In Bezug auf die Hilfe der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung liegen dieDinge anders. Diese Stiftung wird von der deutschen Bundesregierung finanziert. Wir können diese Hilfe solange nicht akzeptieren, wie die deutsche Regierung direkt oder indirekt durch die NATO Waffen an Portugal liefert.
Ausserdem gibt es das Problem von Cabora-Bassa. Die Bundesregierung ist der Ansicht, dass es nicht möglich sei, die deutsche Industrie an der Mitarbeit in diesem Projekt zu hindern. Sollte das richtig sein, wie können wir das interpretieren? - Offen gesagt: Wir haben das Gefühl, dass die Regierung unter Willy Brandt Portugal die nötigen Mittel gibt, uns zu töten und uns andererseits Mittel zur Verfügung stellen will, mit denen wir unsere Särge kaufen können!

F.: Ist Ihnen bekannt, dass die Regierung Brandt nur über eine knappe parlamentarische Mehrheit verfügt? Der Entschluss, das Cabora-Bassa-Projekt nicht weiter zu unterstützen, könnte ernsthafte Probleme für sie mit sich bringen.

A.: Wir können die Schwäche einer Regierung sehr wohl verstehen, doch darf das nicht zur Aufgabe von Prinzipien führen, wie wir meinen. Wir werden warten, bis die Regierung Brandt diese Schwierigkeiten überwunden hat. Man macht es sich zu einfach, wenn man Portugal Fregatten, Flugzeuge und wirtschaftliche Unterstützung gewährt und uns zur gleichen Zeit 10 000 Dollar zum Kauf von Medizin anbietet. Da sagen wir: NEIN!

F.: Haben Sie und Ihre Kameraden, bevor Sie zu den Waffen griffen, versucht, passiven Widerstand zu leisten?

A.: Als unsere Freiheitsbewegungen 1950 aktiv wurden, wussten wir nicht, dass ein Guerilla-Krieg daraus entstehen würde. Wir sind gezwungen worden, unseren passiven Widerstand aufzugeben. Denken Sie nur an die Massaker in Schinavon und Mueda, bei denen beinahe tausend friedliche Demonstranten niedergeschossen wurden. Ihr "Vergehen" bestand darin, Land für sich und ihre Familien zu fordern!

F.: In der letzten Ausgabe des FRELIMO-Magazins "Mozambique Revolution" sahen wir einBild eines mit einem Gewehr bewaffneten Kindes. Kämpfen Kinder für FRELIMO?

A.: Ja und in der Tat nicht nur Kinder, auch Frauen und ältere Leute! Selbstverständlich ist in den regulären Guerilla-Verbänden niemand jünger als 16 Jahre. Darüberhinaus versuchen wir, jeden entsprechend seiner Möglichkeiten einzusetzen.

F.: Herr dos Santos, laut UN-Veröffentlichungen ist jeder fünfte Soldat in der portugiesischen Kolonialarmee ein Afrikaner. Zehntausende von Arbeitern aus Mosambik sind in den südafrikanischen Minen beschäftigt. Warum erheben sie sich nicht gegen die weisse Herrschaft?

A.: Soweit es die Afrikaner in der Kolonialarmee angeht,werden Sie das Problem besser verstehen,wenn ich Ihnen sage, dass sogar Portugiesen durch Polizeimassnahmen sowie durch die gegebenen sozialen Verhältnisse gezwungen werden, in dieser Armee zu dienen. Viele von ihnen wollen nicht gegen uns kämpfen. Natürlich gehen auch meine Landsleute nicht freiwillig in diese Armee. Hunderte von ihnen sind bereits desertiert.
Die Arbeiter aus Mosambik, die in den südafrikanischen Minen beschäftigt sind, werden von der portugiesischen Regierung als gutes Geschäft betrachtet.
Sie erhält für jeden von ihnen einen bestimmten Betrag. Die Hälfte des Lohns wird erst nach der Rückkehr nach Mosambik ausbezahlt.
Für uns sind diese Arbeiter von grosser Wichtigkeit, weil sie ein ausgeprägtes politisches Bewusstsein mitbringen. Viele von ihnen schliessen sich nach ihrer Rückkehr FRELIMO an.

F.: FRELIMO ist offensichtlich nicht in der Lage, ausserhalb der Provinzen Cabo Delgado und Niassa eine Revolution zu inszenieren. Wie wollen Sie also die südlichen Provinzen Mosambiks befreien?

A.: Ihre Feststellung ist falsch.
FRELIMO ist in allen Provinzen Mosambiks aktiv, wenn auch nicht überall das Stadium des Guerilla-Krieges erreicht ist.
In Tete haben wir damit 1968 begonnen und wir werden das Gleiche auch in den anderen Provinzen erreichen.

F.: Herr dos Santos,Rhodesien befriedigt die Hälfte seines Erdölbedarfs durch die Pipeline von Beira. Die Eisenbahnverbindung nach Rhodesien ist ebenfalls von ausserordentlicher Bedeutung für die Regierung Smith.
Südafrika garantierte sogar, dass 47,5 % des Seeverkehrs für die Industrie am Witwatersrand über Lourenco Marques abgewickelt wird. Südafrika und Rhodesien werden die Hauptabnehmer des durch Cabora-Bassa produzierten Stroms sein.
Mit wessen Hilfe wollen Sie diese Machtkonstellation angreifen?

A.: Zum Beispiel mit Hilfe des deutschen Volkes; aber darüberhinaus auch mit Hilfe anderer Völker in der Welt, insbesondere der der westlichen Welt. Das Ergebnis der Konferenz in Rom hat gezeigt, dass unsere Hoffnungen berechtigt sind.
Die Einmütigkeit der Völker der westlichen Welt wird den Menschen in den portugiesischen Kolonien, insbesondere FRELIMO, helfen, ihr Befreiungsprogramm durchzuführen. Sie werden uns auch dadurch helfen, dass sie ihren Regierungen nicht erlauben werden, Portugal zu unterstützen.
Wenn ich die Deutschen an erster Stelle genannt habe, dann deshalb, weil Sie Deutsche sind. Selbstverständlich ist Ihnen bekannt, wie wichtig die Unterstützung ist, die wir von unserem afrikanischen Brüdern erhalten. Das gilt vor allem für Tanzania und Sambia, die unserer Organisation von Beginn an geholfen haben.

Von diesen beiden Ländern erhalten wir die so dringend benötigte Basishilfe. Unterstützung erhielten wir auch von Anfang an von den sozialistischen Ländern. Alle Waffen, die wir benutzen, kommen von dort, insbesondere von China, der Sowjetunion, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Selbst aus Südamerika und sogar von oppositionellen Gruppen in Portugal bekommen wir Mittel.
Wir haben die Unterstützung der Völker der Welt und deshalb werden wir gewinnen!

F.: Portugal hat gerade General Kaulza, der als Experte in Guerillakriegsführung gilt, zum Militärgouverneur in Mosambik ernannt. Die Richtung ist klar erkennbar, Südafrika benutzt einen Luftstützpunkt in Malawi. Tanzania sieht sich deshalb gezwungen, mit chinesischer Unterstützung ebenfalls einen Militärflughafen zu errichten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Freiheitskämpfe im Süden Afrikas sich zu einer Art vietnamesischen Krieg auf afrikanischem Boden entwickeln. Staatenwie Tanzania und Sambia wären davon stark betroffen.

A.: Sie haben das Recht, die Entwicklung so zu beurteilen, aber wenn Sie das Problem so ansprechen, müssen Sie auch sehen, dass wir über Mittel verfügen, uns der Gegenseite zu stellen.
Wir hoffen, auf die Unterstützung aller progressiven Kräfte in der Welt, insbesondere der westlichen Welt.
Die Ausweitung des Krieges hängt von den Imperialisten ab. Wir sind sicher, dass die Bevölkerung dieser Staaten ihren Regierungen in diesem Falle nicht folgen werden. Damit unterstützen sie nicht nur uns, sondern auch sich selbst, denn unser Kampf in Afrika ist ein Beitrag für die Freiheit der Menschheit.
Angenommen, die deutsche Regierung entscheidet sich zur Entsendung von Truppen zur Unterstützung Portugals in Mosambik. Wir hoffen, dass dann die deutsche Bevölkerung in der Lage sein wird, NEIN zu sagen.
Niemand soll nach Mosambik gehen, um dort für jene zu sterben, die gegen Freiheit und Gerechtigkeit sind.

F.: Wie beurteilen Sie die Vorfälle in Guinea? Wird Ihr Kampf davon berührt und wenn ja, in welcher Weise?

A.: Ich glaube, das bejahen zu können, weil die Vorfälle klar die Aggression von Portugal zeigen, auch wenn es nicht nur die Portugiesen waren, welche dort eingefallen sind.
Es wird eine grosse Lehre für unsere Feinde sein, denn das guineische Volk hat bewiesen, dass uns niemand erfolgreich überfallen kann, wenn wir wohl organisiert sind. Ausserdem hat dieses Ereignis unseren afrikanischen Brüdern gezeigt, wie notwendig es auch für sie ist, die Freiheitsbewegungen tatkräftig zu unterstützen. Denn kein Land, das an eine portugiesische Kolonie angrenzt, kann sich in Zukunft sicher fühlen, solange diese Kolonie besteht.

F.: Es scheint, dass die portugiesischen und südafrikanischen Truppen den Cabora-Bassa-Damm bisher erfolgreich bewacht haben. Wird dies auch in Zukunft möglich sein?

A.: Wie Sie wissen, haben wir auf unserem zweiten Kongress 1968 beschlossen, den Bau des Dammes zu verhindern. Uns ist bekannt, dass mit den Arbeiten bereits begonnen wurde. Doch das bedeutet nicht, dass er gebaut wird. Wir werden in der Lage sein, das Projekt zu zerstören. Zunächst sind gewisse Bedingungen zu erfüllen, bevor der entscheidende Schlag getan werden kann.

F.: Haben Sie neben Cabora-Bassa weitere Beispiele für das ökonomische Engagement von NATO-Staaten in Mosambik?

A.: Ja! Da ist zunächst das Ungeheuer Gulf Oil, ein amerikanisches Unternehmen, in Mosambik. Wir haben französische und japanische Gesellschaften. Zwar sind diese Staaten nicht in der NATO, aber sie gehören zur gleichen Staatenkonstellation. Die Firma Krupp investiert in Angola. Andere deutsche Firmen suchen nach Öl. Wie mir berichtet wurde, gibt es auch einige landwirtschaftliche Projekte. Wir können sagen, dass seit Beginn des Kampfes die ausländischen Investitionen stark zugenommen haben.

F.: Investitionen sind im allgemeinen für das wirtschaftliche Wohlergehen der Bevölkerung bestimmt. In welcher Weise partizipiert die afrikanische Bevölkerung der portugiesischen Kolonien an den ausländischen Investitionen?

A.: Zur Zeit gibt es keine Investitionen, die der Bevölkerung wirklich zugute kommen. Zwar ist mit diesen Investitionen die Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden, doch welche Bedingungen haben die Arbeitsuchenden zu akzeptieren? Der Durchschnittsarbeiter erhält 50 US$ jährlich. Kann man da noch von Investitionen zum Wohlergehen des Volkes sprechen?

F.: Haben Sie Beweise für die militärische Unterstützung Portugals durch die NATO-Staaten, insbesondere durch Westdeutschland?

A.: Ja, wir haben eine stattliche Liste, die zeigt, welche militärischen Güter von NATO-Ländern geliefert wurden; und wir wissen auch, dass ein grosser Teil dieser Waffen gegen uns eingesetzt wird. Soll ich Ihnen daraus vorlesen?

In Bezug auf schwere Waffen ist die portugiesische Armee vollständig von den Waffenlieferungen der NATO-Verbündeten abhängig. Sie erhielten von Frankreich eine grosse Anzahl "AMLH 607 Panhards", die 1966 in den Kolonien ankamen. Die Artillerie ist hauptsächlich mit britischen und westdeutschen Waffen älteren Typs ausgerüstet.

1968 erhielten die Portugiesen eine grössere Anzahl von 155 mm-Kanonen, vermutlich aus den USA. M 41 und M 47-Panzer wurden von Westdeutschland geliefert, wobei darauf geachtet wurde, dass diese Aktion kein Aufsehen erregte! Jeeps und Unimogs werden von England, USA bezw. Westdeutschland geliefert. Gegenwärtig werden pro Tag 160 Gewehre des NATO-Typs G 3 in BRACO DA BRATA (Portugal) mit westdeutscher Lizenz hergestellt.
Weiter wurden geliefert:

1965-66 20 Douglas B-26 Bomber von den USA
1966 40 Kampfflugzeuge, Fiat G-91
NATO-Typ R 4 von Westdeutschland, die ausschlieesslich in den Kolonien eingesetzt wurden,
1967 60 F86K SABRE-Jäger von Westdeutschland.

Im Laufe der 60-iger Jahre wurden 110 Dornier DO 27 (die letzten 20 1969) von Westdeutschland bezogen. Sie sind oftmals mit Raketen ausgerüstet. Blohm und Voss baut z.Zt. 1.400 Tonnen Kriegsschiffe für 40 Millionen US$. Die Portugiesen haben bereits öffentlich erklärt, dass sie diese Schiffe in ihren Kolonien einsetzen werden.

F.: NATO-Staaten rüsten ihre Verbündeten mit Waffen aus, die nur für den Gebrauch innerhalb dieser Organisation bestimmt sind. Mit welchen Mitteln können diese Staaten Portugal davon abhalten, diese Waffen in Afrika zu benutzen?

waffneten Kampfes in Mozambique, Angola, Guinea, und ausserdem in Südafrika, Rhodesien und Namibia zu rechtfertigen. Selbstverständlich können wir von der UN nicht die gleiche Aktivität wie von der OAU erwarten.

F.: Herr dos Santos, nach der Rom-Konferenz wurde Ihnen vom Papst eine Audienz gewährt. Hat der Papst die Methoden der portugiesischen Herrschaft in Afrika kritisiert?

A.: Der Papst hat Portugal nicht verurteilt. Er sagte jedoch: "Wir sind mit denen, die für Frieden und Unabhängigkeit in Afrika kämpfen". In diesem Zusammenhang müssen Sie sich der Bedeutung der Tatsache bewusst werden, dass der Papst uns als Vertreter von Befreiungsorganisationen empfangen hat, die in Afrika mit der Waffe kämpfen.

F.: Hat die katholische Kirche ihre Haltung gegenüber Portugal geändert?

A.: Der Papst hat sich in dieser Richtung nicht geäussert,aber wir dürfen das annehmen. Es gibt politische Organisationen linksgerichteter Katholiken und sogar portugiesische Bischöfe, die gegen das Regime in Lissabon sind.

F.: Haben Sie Beispiele dafür, dass die Kirche Ihre Bewegung in Mozambique unterstützt?

A.: Ja, es gibt viele ausländische - unglücklicherweise keine portugiesischen - katholischen Priester und auch einige Protestanten,die uns unterstützen.

F.: Haben Sie Verbindungen zu portugiesischen Gruppen, die beabsichtigen, die Regierung in Lissabon zu stürzen?

A.: Ja, wir hatten diese Verbindung schon vor Beginn des bewaffneten Widerstandes, und wir arbeiten sehr eng mit diesen Gruppen zusammen.

F.: Der Pan-African-Congress of Azania (Befreiungsfront für Südafrika) hat unter ausserordentlich gefährlichen Bedingungen einen Film über die Zustände in Süd-Afrika gedreht. Dieser Film ist bereits vom englischen und holländischen Fernsehen ausgestrahlt worden.

Welche Möglichkeiten haben Sie, um die Öffentlichkeit in den NATO-Staaten über Ihren Freiheitskampf zu informieren?

A.: Wir haben bereits zwei Filme, die vom jugoslawischen bezw. dänischen Fernsehen produziert wurden. Ein FRELIMO-Team ist z.Zt.in Westdeutschland. Trotzdem haben wir das Gefühl, dass das nicht genug ist. Wie auch immer, Freunde aus der ganzen Welt, welche uns unterstützen, kommen nach Mozambique,um die befreiten Provinzen persönlich kennenzulernen. Im Augenblick besucht zum Beispiel eine englische Gruppe Niassa. Vor ein paar Wochen konnten wir ein deutsches Fernsehteam in Tanzania begrüssen, welches sich hier über unsere Projekte informierte. Wir hoffen, dieser Film wird komplett der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

F.: Wie stellen Sie sich ein befreites Mozambique vor? Gibt es bereits einen Staat, der Ihre sozialen und politischen Vorstellungen verwirklicht hat oder auf dem Wege dazu ist?

A.: Was wir uns für Mozambique vorstellen, ist noch nicht in allen Einzelheiten festgelegt. Wir wollen ein freies Land, wir wollen ein Land, in dem jeder als Mensch anerkannt wird und in der Lage ist, die Realitäten des Industriezeitalters zu meistern, auch wenn er aus einer agrarischen Kolonialgesellschaft kommt.

A.: Bis heute bestehen keine Möglichkeiten, den Gebrauch dieser Waffen zu kontrollieren, es sei denn, durch Eingriff in innere Angelegenheiten eines Partnerstaates. Wie dem auch sei, diese Staaten sind für die gelieferten Waffen verantwortlich. Die einzige Möglichkeit, Portugal am Gebrauch der Waffen in Afrika zu hindern, besteht darin, überhaupt keine Waffen an Portugal zu liefern.

F.: Glauben Sie nicht, dass es Portugal möglich sein wird, seine Position in Afrika auch ohne Hilfe der NATO zu halten, nur durch die Unterstützung der "Unheiligen Allianz", Rhodesien und Süd-Afrika?

A.: Nein! Das ist unmöglich, da Südafrika und Rhodesien auch auf Waffenlieferungen aus den gleichen NATO-Staaten angewiesen sind.

F.: Einige afrikanische Staaten unterstützen direkt oder indirekt das rhodesische und südafrikanische Regime. Wie bewerten Sie das?

A.: Ich kann nur sagen, dass dies ein tragischer Irrtum ist.

F.: Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um die Haltung dieser afrikanischen Staaten zu ändern?

A.: Der beste Weg ist über die OAU. wir werden das mit unseren Freunden diskutieren müssen, um die Bevölkerung dieser afrikanischen Länder über die Realitäten aufzuklären. Sogar einige unserer Nachbarländer arbeiten mit Südafrika zusammen. Ich hoffe, dass diese Länder einsehen werden, dass eine Zusammenarbeit mit FRELIMO der afrikanischen Sache dienlicher ist.

F.: Entspricht die Unterstützung, welche die Befreiungsbewegungen von unabhängigen afrikanischen Staaten erhalten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Staaten?

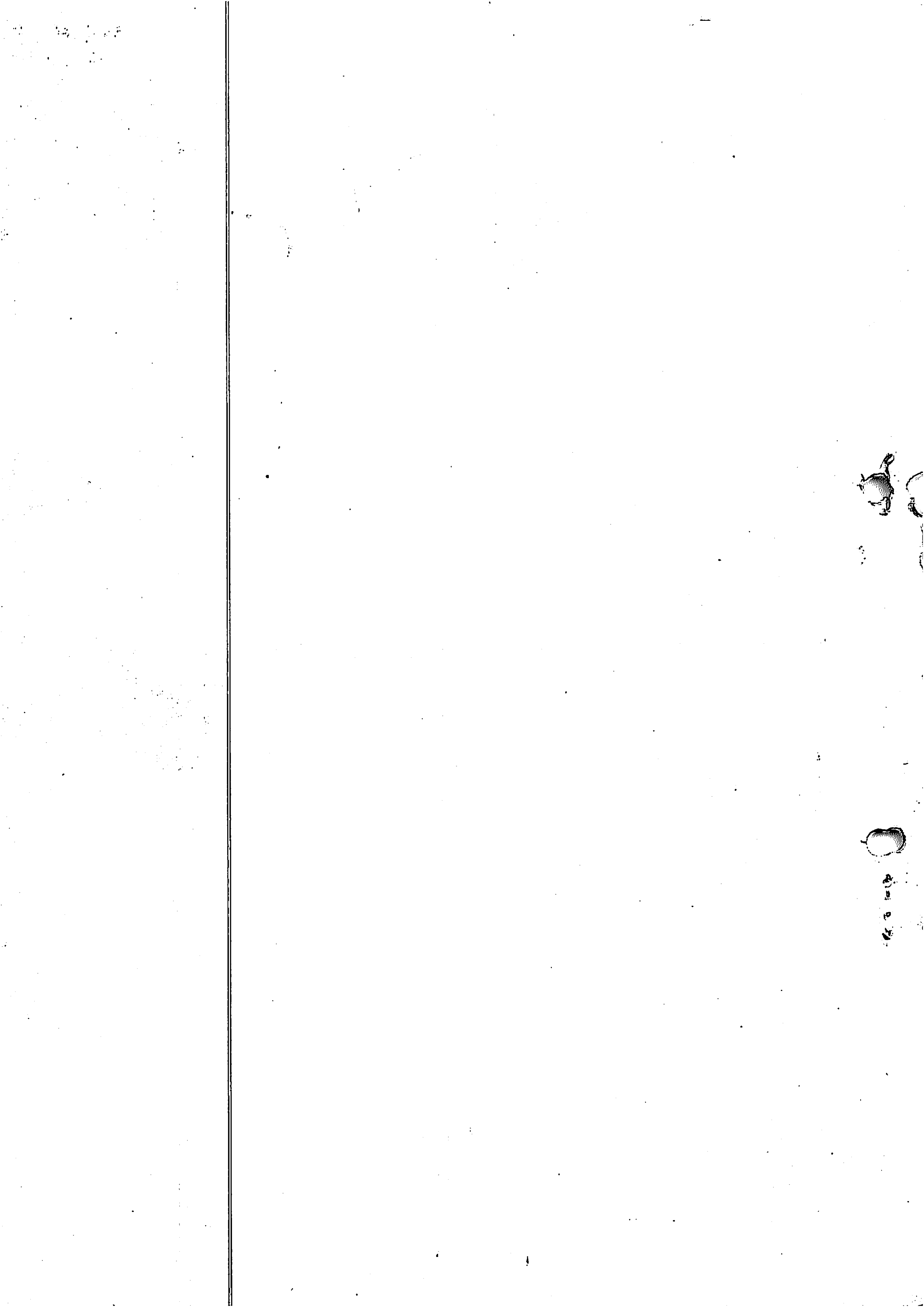
A.: Ich glaube nicht. Das haben wir auch auf der OAU-Konferenz im letzten September gesagt. Erstens unterstützen sie uns nicht mit allem was wir brauchen, zweitens sind sie in der Lage, sehr viel mehr für uns zu tun.

F.: Auf der OAU-Konferenz in Adis-Abeba haben Sie gefordert, die Freiheitsbewegungen als die legitimen Vertreter ihres Landes anzuerkennen. Das schliesst das Stimmrecht in den OAU-Ausschüssen ein. Wie ist dieser Vorschlag aufgenommen worden? Und welchen Fortschritt hat man bislang erzielt?

A.: Unser Vorschlag ist sehr wohlwollend von den Regierungschefs aufgenommen worden, aber praktisch ist bisher noch nichts geschehen. Genau gesagt, haben wir darum gebeten, als Beobachter aufgenommen zu werden, die das Recht haben, bei allen, die Kolonisation betreffenden Fragen mitzusprechen. Das bedeutet, Teilnahme an Diskussionen in den Ausschüssen, in denen Fragen der Freiheitsbewegungen behandelt werden.
Daneben möchten wir während derTreffen der Regierungschefs und der Ministerkonferenzen das Recht haben, an den Sitzungen teilzunehmen, wenn es um Probleme der unterdrückten Gebiete geht.

F.: Welche Bedeutung haben die Vereinten Nationen für Sie? Können Sie von dort Hilfe erwarten?

A.: Ja, die UN sind ein wichtiges Forum, unsere Ziele zu erklären. Wir, und nicht Portugal,wurden vom Generalsekretär zur letzten UN-Vollversammlung eingeladen, um Mozambique zu vertreten. Auf dieserwurden wichtige Resolutionen verabschiedet,welche einige Regierungen in die Lage versetzten,die Unterstützung des be-



Worin Herr Stucki glaubt, bei einer derartigen Entwicklung den "Weg ins 20.Jahrhundert" zu erkennen, dürfte ein ungelöstes Rätsel bleiben. Anstatt die Verhältnisse zu analysieren und aus dem Ergebnis die - wenn auch unangehmen-Konsequenzen zu ziehen, beschränkt sich der ZEIT-Autor darauf, in jedem südamerikanischen Staat mit der Lupe den relativ kleinen Mittelstand herauszusuchen, ihn zur politisch und ökonomisch führenden Elite zu stilisieren und an ihm die CDU-Gedankenkette: Mittelstand - soziale Marktwirtschaft - Unantastbarkeit des Eigentums zu exerzieren, um mit ihrer Hilfe die in Lateinamerika herrschende soziale und ökonomische Ordnung zu rechtfertigen.

Eine historische Parallele für den "Weg ins 20.Jahrhundert" soll angedeutet werden: die Industrienationen, die sich von "sozial ungerechten" Gesellschaften im 19.Jhdt. zur "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" mit "freiheitlich-demokratischer Grundordnung" entwickelten. Dass solch ein Vergleich schon allein wegen des fundamentalen Unterschieds zwischen den durch Kolonialismus und Neokolonialismus geprägten lateinamerikanischen Staaten einerseits und den Industrienationen zur Zeit des Frühkapitalismus andererseits verfehlt ist, dürfte klar sein. Die in diesem ZEIT-Artikel propagierte Mittelstandsideologie wird damit hinfällig; sie ist bei dem quantitativen Missverhältnis zwischen Mittelstand und Marginalgruppen (80 - 90 % der Bevölkerung) nur als grotesk zu bezeichnen.

Hier wird deutlich, welche Intention die ZEIT mit der Publikation dieses Artikels verfolgt: die sozialen Zustände in Lateinamerika machen die scharfen Widersprüche innerhalb der durch kapitalistische Wirtschaftsstrukturen geprägten "freien Welt" offensichtlich. Sie decken alle zwangsläufigen Implikationen dieses Wirtschaftssystems auf und desillusionieren somit jene, die an ökonomische und soziale Fortschritte innerhalb eines solchen Systems geglaubt hatten. Den Aufklärungseffekt aber, den eine Analyse Lateinamerikas dadurch gewinnt, muss die ZEIT um jeden Preis zu verhindern oder revidieren suchen, da er alle ihre ökonomischen Ordnungsvorstellungen fragwürdig macht. Verhindern jedoch kann sie ihn nur, indem sie ihren Lesern glaubhaft macht, die bestehende wirtschaftliche Ordnung in Südamerika ermögliche einen langfristigen und grundlegenden sozialen Fortschritt.

Die Feststellung: "Das Klischee der Ausbeutung ist falsch" ist eben nicht ihre Bilanz, sondern ihre Prämisse. Konsequenterweise werden dafür nur die Informationen herangezogen, die sich in den vorgezeichneten Rahmen einordnen lassen. Der Rest - und das sind fast alle wesentlichen Zusammenhänge - wird verschwiegen oder verfälscht. Konsequenterweise verzichtet die ZEIT auch weitgehend auf statistische Angaben, die die Fragwürdigkeit ihrer Thesen nur allzu rasch verdeutlichen würden. Statt dessen serviert sie ihren Lesern das probate Entwicklungsrezept der Industrienationen : kapitalistische Produktionsweise und die Vertuschung ihrer immanenten Folgen durch soziale Gesetzgebung. Dabei wird weder die Frage untersucht, ob ein solches Modell unter den historischen Voraussetzungen in Lateinamerika, seiner neokolonialen Beherrschung durch die USA und den damit zusammenhängenden internen Herrschaftsstrukturen überhaupt realisierbar ist, geschweige denn, ob es für unterentwickelte Staaten wünschbar wäre. Alle mit diesem Fragenkomplex verbundenen Informationen werden unterschlagen.

Ein solcher Artikel kann daher nur nach seiner ideologischen Funktion beurteilt werden: Er dient der Absicherung der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnisse, in Lateinamerika und damit auch hier.

Thö

in denHänden der Oligarchie geworden. Ihre Aufgabe ist es,jeden Fortschritt demokratischer Kräfte zu verhindern, die soziale Gerechtigkeit anstreben".1)

Die in der ZEIT zitierte "soziale Progressivität" besteht eben in vielen südamerikanischen Staaten im Recht des ausländischen Kapitals, hohe Profitraten zu erzielen, im Recht der einheimischen Oligarchie, den überwiegenden Teil des Sozialprodukts für ihre Zwecke zu verwenden und in der militärischen Absicherung dieses Rechts. So in Brasilien, dessen erstes politisches Glanzstück nach der Machtübernahme durch die Militärs (1964) in der Verabschiedung eines Garantiegesetzes für amerikanische Investitionen bestand, das dem US-Kapital volle Garantie gegen Schäden jeglicher Art (durch Inflation, Enteignung, Revolution) zusicherte. Gleichzeitig wurden auf US-Wunsch die Löhne der brasilianischen Arbeiter eingefroren.2)-

Da der ZEIT -Autor diese Tatsachen unterschlägt und sich auf die lobende Feststellung beschränkt, dem Medici-Regime sei es gelungen, die Inflation zu drosseln, darf es nicht erstaunen, wenn er zu dem Schluss kommt:

"Das Klischee eines Kontinents der Stagnation und der oligarchischen Massenausbeutung ist ganz und gar falsch, auch und gerade in Brasilien".

Diese Behauptung lässt nur einen Schluss zu: der Verfasser des ZEIT-Artikels hat Lateinamerika offensichtlich nur besucht, um sich von den dortigen Regierungsvertretern die Richtigkeit seiner liberal-konservativen Ordnungsvorstellungen bestätigen zu lassen und den Vorwurf der Ausbeutung wieder ruhigen Gewissens in den Bereich der Ideologie verbannen zu können. Dafür allerdings war noch die Abstinenz von der Untersuchung eines weiteren Themas erforderlich: die Welthandelsbedingungen:

Die vom Kolonialismus verursachten Monokulturen in den iberoamerikanischen Ländern bedingen ihre extreme Exportabhängigkeit und damit ihre Unterwerfung unter die Welthandelsbedingungen. Jeder lateinamerikanische Staat ist existentiell auf die Ausfuhr von jeweils wenigen Mineralien und Landwirtschaftsprodukten angewiesen. Zum Beispiel besteht der Export in Chile zu 73 % aus Kupfer, in Kolumbien zu 63,2 % aus Kaffee, in Ecuador zu 60,6 % aus Bananen.3) Die Handelsbedingungen auf dem Weltmarkt aber werden von den Metropolen diktiert. So sind die Preise für diese Exportgüter in den letzten Jahren ständig gefallen, während die Fertigprodukte, die Lateinamerika aus den Industrieländern importieren muss, sich laufend verteuerten. So haben sich von 1954-59 die terms of trade für die südamerikanischen Staaten von 110 auf 86 verschlechtert; um die Folgen an einem Beispiel zu konkretisieren: Während Brasilien 1954 für einen Jeep ein Äquivalent von 12 Säcken Kaffee exportieren musste, waren dafür 1962 bereits 39 Sack Kaffee erforderlich.

Da diese Länder aber dadurch hohe Devisenverluste erleiden, sind sie gezwungen, Kredite aufzunehmen, um dafür die notwendigen Fertigprodukte, Investitionsgüter und sogar Lebensmittel importieren zu können.Dadurch verschulden sich diese Staaten immer mehr: Die öffentliche Auslandsschuld Lateinamerikas betrug 1955 noch 4 Milliarden Dollar, 1964 bereits 10,6 Milliarden, also eine jährliche Zuwachsrate der Verschuldung um 11,5 %.4)

----

1) Zit.nach: SPIEGEL-Serie,... 31.8.70 S.94.
2) SPIEGEL-Serie,... 7.9.70,S.151.
3) Schütt-Mogro, a.a.O.S.6.
4) Derselbe, a.a.O.,S.7,10.

in Kolumbien 79 % der Bauern ohne Landbesitz.[1] Die Grossgrundbesitzverhältnisse führen auf der anderen Seite zu der grotesken Situation, dass in Brasilien mehr als 80 %, in Argentinien 66 % und in Venezuela 90 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens brachliegen, sodass Lateinamerika jedes Jahr Lebensmittel aus den USA importieren muss.[2] Diese Daten zeigen, dass die vom ZEIT-Autor behauptete "intensivierte Landreform" und damit verbunden die "politische Entmachtung der Grossgrundbesitzer" bestenfalls ein Phantasieprodukt des Verfassers sind.

b) dass sich die ökonomische und soziale Situation für die Bevölkerung in einem Teil der südamerikanischen Staaten verschlechtert hat:
Argentiniens Pro-Kopf-Einkommen war 1937 das sechshöchste der Welt: heute rangiert es auf Platz 27.[3] Der Anteil der lohnabhängigen Bevölkerung am Nationalprodukt ist hier im Zeitraum von 1950-69 von 45,9 % auf 39 % gesunken. In Brasilien ist das Realeinkommen der Lohnabhängigen seit dem Militärputsch (1964) um 27 % gesunken[4]. Und um die gegenwärtige Einkommensverteilung an einem Beispiel zu demonstrieren: In Venezuela haben 85 % der Einwohner ein Einkommen von 150 Dollar jährlich, während 3 % über einen Jahresbetrag von 300 000 Dollar verfügen.[5]

Als Beispiel dafür, wie in der Mehrzahl der südamerikanischen Staaten der soziale Fortschritt vorangetrieben wird, möge ein Land dienen, dem die ZEIT immerhin eine besonders starke soziale Progressivität bescheinigt: In Argentinien sanken die Sozialausgaben im Zeitraum von 1930-50 von 24,5 % auf 8 % des Sozialprodukts. Dafür stieg der Anteil für Militärausgaben auf 33 % des Budgets.[6] Wie hoch die sozialen Ambitionen des brasilianischen Militärregimes sind, zeigt sich am folgenden: Während die Regierung sich mit dem Bau von industriellen Luxussymbolen beschäftigt, während ausserdem 70 000 bis 80 000 Luxuswohnungen leer stehen, weil sie zu teuer sind, fehlen für die Bevölkerung ca. 2,3 Millionen Wohnungen.[7] Fortschrittliche Sozialgesetze für die lohnabhängige Bevölkerung sind zwar in vielen südamerikanischen Ländern zu finden, nur werden sie ebensowenig in die Praxis umgesetzt wie die Landreformgesetze.-

Unter diesen Voraussetzungen kann die These des ZEIT-Autors von einem "Zuviel an sozialer Progressivität" nur noch als Zynismus bezeichnet werden. Mit welcher Begründung Herr Stucki hier noch vom "Weg ins 20.Jahrhundert" reden kann, dürfte ein Rätsel bleiben. Ebenso verhält es sich mit seiner Verniedlichung des Slum-Problems zu einer "normalen Wachstumskrankheit". Die ständige Massenwanderung vom Land in die Stadt ist nicht nur ein vorübergehendes Phänomen, sondern die direkte Folge des Grossgrundbesitzes auf dem Lande, und sie hat eben nicht ihre Ursachen - wie der ZEIT-Autor meint - in dem "Traum von Bequemlichkeit und Modernität" und in der "Angst vor der Guerillatätigkeit auf dem Lande", sondern in der Sicherung der Existenz, die für die besitzlosen Bauern auf dem Lande nicht mehr möglich ist. -

c) Wie vereinbart der ZEIT-Autor es ferner mit seinem sozialen Credo an die in Lateinamerika herrschenden Oligarchien, dass diese alle einen Grossteil ihres Budgets für den Unterhalt eines Militärapparates verwenden? Die nationalen Armeen sind - so der amerikanische Lateinamerika-Spezialist V.Alba - "eine reine Polizeitruppe

----

1) Vgl.auch: SPIEGEL-Serie: Da hilft nur noch Gewalt,2.Fortsetzung 14.9.70,S.172.
2) SPIEGEL-Serie,... 31.8.70,S.97.
3) ebenda, S.99.
4) SPIEGEL-Serie ... 14.9.70 S.180.
5) Schütt-Mogro,a.a.O.S.10.
6) SPIEGEL-Serie... 31.8.70 S.95.
7) SPIEGEL-Serie... 7.9.70 S.180.

Die nordamerikanische Wirtschaft investierte in diesem Kontinent von 1960-66 einen Betrag von 2,8 Milliarden Dollar. Im gleichen Zeitraum retransferierte sie 8,3 Milliarden Dollar, also das Dreifache.1) Statt seine eigene Wirtschaft aufzubauen, muss Lateinamerika die Expansion der US-Industrie finanzieren. Für die US-Konzerne gilt es als "Profit-Paradies", in dem Profitspannen von 70-100 % keine Ausnahme sind. Erst vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum sich die südamerikanischen Staaten (von wenigen Ausnahmen abgesehen) heute so wenig wie früher auf"dem Weg ins 20.Jahrhundert" befinden. -

Der ZEIT-Autor dagegen zieht es vor, den Neokolonialismus der USA zu ignorieren, die Ausbeutung zum "Klischee" zu deklarieren und die ökonimische Stagnation in Südamerika auf "die mangelnde Dynamik und Risikofreude des südamerikanischen Privatunternehmertums" zurückzuführen. Und da er die wirtschaftliche Abhängigkeit Lateinamerikas von den Vereinigten Staaten übersieht, darf er auch die politische und militärische ignorieren. Kein Wort davon, dass die USA in Lateinamerika über 70 militärische Interventionen durchgeführt haben,2) um ihnen unbequeme Regimes zu stürzen und US-treue Regierungen, genauer: Machtgruppen, die den ökonomischen Wünschen der US-Wirtschaft bereitwilligst entgegenkamen, zu etablieren. Die Invasionen in Santo Domingo (1965) und Guatemala (1954) eowie der Militärputsch in Brasilien (1964) sind nur einige Beispiele für diese Politik. Die Interessen,die die USA politisch und militärisch verfolgen, lassen sich leicht an den Worten des ehemaligen US-Marinekorps-General Butler ablesen:

"Ich habe 1914 mitgeholfen, Mexico in einen sicheren Ort für die amerikanischen Ölinteressen zu verwandeln. Ich habe dazu beigetragen, aus Kuba und Haiti saubere Gegenden zu machen, damit die Burschen von der National City Bank ungestört ihre Erträge einsammeln konnten. Für das Bankhaus Brown Brothers habe ich Nicaragua gesäubert. 1916 habe ich im Dienste unserer Zucker-Interessen in der Dominikanischen Republik reinen Tisch gemacht. Und für unsere Obstkonzerne habe ich 1903 Ordnung in Honduras geschaffen!"3)

Die 7 US-Putsche in der Kennedy-Ära, die Invasion in Santo Domingo unter Johnson sind ein deutliches Zeichen dafür, dass man auch heute noch mittels ökonomischer, politischer und letztlich militärischer Pressalien die gleichen Interessen durchzusetzen sucht.

Erst aus diesem Kontext heraus ist die gegenwärtige Politik der lateinamerikanischen Eliten zu analysieren. Erst in diesem Zusammenhang zeigt sich, wessen Fortschritt amerikafreundliche Machtcliquen vorantreiben: den des nordamerikanischen Kapitals oder den ihrer eigenen Bevölkerung. Die ZEIT jedoch schweigt sich - aus gutem Grund - über die genannten Interpedenzen aus und stellt die Behauptung auf, dass die "Technokraten die Macht übernommen haben" und den ökonomischen und sozialen Fortschritt der südamerikanischen Staaten vorantreiben. Wessen Interesse diese "Technokraten" dienen und welche Ziele sie verfolgen, wird dabei nicht expliziert. Auch mit statistischen Angaben spart der ZEIT-Autor sicherheitshalber, schon um seine These nicht revidieren zu müssen. Denn wie vereinbart sich seine Behauptung mit den Tatsachen, dass

a) in fast allen lateinamerikanischen Staaten zwar Landreformgesetze bestehen, diese aber überhaupt nicht oder nur in minimalem Ausmass durchgeführt werden?

Noch heute besitzen 1,5 % der Bevölkerung über 50 % des Bodens.4) In Nicaragua leben 71 %, in Argentinien 74 %, in Uruguay 78 %, in

----

1) SPIEGEL-Serie, S.145.
2) ebenda.
3) ebenda, S.150.
4) Frank,A.G., Kapitalismus u.Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1968,S.222

und Frankreich dem Kontinent jegliche Chance zur eigenständigen Industrialisierung von vornherein raubten. Sie hätte gezeigt, dass die vom Kolonialismus produzierten Monokulturen mit den dazugehörigen feudalen Grossgrundbesitzverhältnissen Südamerika zur ökonomischen Stagnation zwangen; dass sie einerseits auch die Hauptursache für die gegenwärtige Passivität der Bevölkerung, die jahrhundertelang in sklavischer Abhängigkeit am Rande des Existenzminimums dahinvegetieren musste, bilden und andererseits den wichtigsten Grund für die heutige extreme Exportabhängigkeit Lateinamerikas unter ungünstigsten Welthandelsbedingungen darstellt. Eine historische Darstellung hätte ferner gezeigt, dass die Ende des 19.Jahrhunderts beginnende neokoloniale und imperialistische Invasion der US-Wirtschaft in Südamerika mit all ihren Folgeerscheinungen, der Monopolisierung der Märkte Lateinamerikas, seiner ökonomischen, politischen und militärischen Beherrschung durch die USA etc. noch heute den Aufbau einer nationalen Wirtschaft, verbunden mit politischer Selbständigkeit, illusorisch erscheinen lässt und Lateinamerika weiterhin zum Entwicklungshelfer für die nordamerikanische Industrie degradiert.

Mit einem Wort: Eine Untersuchung der Entwicklung Südamerikas während der letzten 4 Jahrhunderte hätte zu dem peinlichen Ergebnis geführt, dass die Prämissen des ZEIT-Artikels, nämlich

a) die Mentalität der Massen als Ursache für die heutige Unterentwicklung Lateinamerikas und
b) die Reduktion der Unterentwickluhg auf eine "Verspätung" der industriellen Entwicklung

ein frommes Märchen sind.

2. Der ZEIT-Autor scheint auch die Untersuchung eines weiteren Faktors für überflüssig zu halten: die Auswirkungen des gegenwärtigen Neokolonialismus der Vereinigten Staaten in Iberoamerika. Auch in der Ausklammerung dieses Themas muss dem Verfasser absolute Zweckrationalität bescheinigt werden; die Ergebnisse einer solchen Analyse bestehen nämlich in eklatantem Widerspruch zu seinen Behauptungen. Um dies zu verdeutlichen:

85 % aller Stahl- und Elektrizitätswerke
40 % aller Transportsysteme
30 % aller anderen Industrien
85 % aller Erzgruben im extraktiven Sektor

des lateinamerikanischen Marktes befinden sich zu 51 % oder mehr im Eigentum von US-Gesellschaften; das macht 40 % des gesamten lateinamerikanischen Nationalprodukts aus.[1] Man kann noch hinzufügen, dass

90 % der Autoindustrie
85 % der Zigarettenindustrie
72 % der Energieversorgung
70 % des Maschinenbaus

in ausländischen, hauptsächlich in US-Besitz sind.[2] Diese Angaben zeigen einerseits die ökonomische Macht der US-Wirtschaft in Lateinamerika, andererseits vermitteln sie eine Vorstellung von dem Ausmass der neokolonialen Ausbeutung dieses Kontinents. Durch ihre Monopolstellung auf den südamerikanischen Märkten und durch ihre Kapital-Rücktransfers in die Vereinigten Staaten blockieren die US-Konzerne den Aufbau einer lateinamerikanischen Industrie:

----

1) Schütt-Mogro, Die wirtschaftliche Lage Lateinamerikas, vervielfältigtes Manuskript der Aktion DRITTE WELT , Freiburg, Nov.1970, S.6.
2) SPIEGEL-Serie: Da hilft nur noch Gewalt. 1.Fortsetzung, 7.9.70, S.148.

Am Dienstag, 27.10.70, hat die iranische Botschaft in Köln gegenüber der dortigen Presse erklärt: "Heldmann ist unerwünscht. Wir haben ihn aus dem Iran abgeschoben, weil er offenbar die Universität Teheran mit der Universität von Ost-Berlin verwechselt hat. Das können wir uns in unserer Demokratie nicht leisten... Rezai ist nicht festgenommen, sondern festgehalten worden. Nach einer Untersuchung der Angelegenheit wird er freigelassen".

Es ist sicher überflüssig zu erwähnen, dass ich mir weder kommunistischer Kontakte in Teheran bewusst bin noch irgendeines Zusammenhangs zwischen meinem dortigen Aufenthalt und Unruhen an der Universität in Teheran.

Nach aller bisherigen Erfahrung und insbesondere nach meinen letzten Beobachtungen, in welch unvorstellbarer Weise im Iran Recht und Gesetz zynisch missachtet werden, meine ich, dass - wenn überhaupt - nur höchst intensiver Druck durch die öffentliche Meinung im Ausland die iranischen Behörden wird bewegen können, in ihrer Behandlung vermeintlicher politischer Gegner zu Grundsätzen zivilisierter Staaten zurückzukehren.

PRESSE : LATEINAMERIKA

"Das Klischee der Ausbeutung ist falsch" oder Für die ZEIT ist die Welt noch in Ordnung

(zur Lateinamerika-"Analyse" von Herrn Stucki in der ZEIT vom 13.11.70; Ohne Slums und Feudalismus. "Südamerika sucht seinen Weg ins 20. Jahrhundert")

Untersuchungen über die sozioökonomischen Verhältnisse in Lateinamerika werfen ein krasses Licht auf die neokoloniale Abhängigkeit der südamerikanischen Länder von den USA und auf die politische und ökonomische Ausbeutung innerhalb dieser Staaten. Sie decken den Kausalzusammenhang zwischen dem Wirtschaftssystem der Industriestaaten einerseits und der Armut in Lateinamerika andererseits auf und führen zum Kampf gegen dieses Wirtschaftssystem. Unter solchen Umständen fühlt sich die ZEIT offenbar wieder einmal gezwungen, die bestehende ökonomische Ordnung in den Metropolen zu verteidigen, somit ihren Lesern zu suggerieren, dass auch Lateinamerika sich auf dem Wege des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts befinde und folglich nicht der geringste Anlass bestehe, den Glauben an den Kapitalismus als der besten aller ökonomischen Welten aufzugeben. Der Verfasser besagter ZEIT-Serie hat für diesen Zweck ein besonderes Verfahren entwickelt: er klammert alle wesentlichen Problemkreise aus:

1. Herr Stucki beginnt seine Analyse wie folgt: "In fast allen Ländern Südamerikas sind die Massen passiv eingestellt..... In dieser Mentalität sehe ich den Hauptgrund für die Rückständigkeit des Kontinents."
   Der ZEIT-Autor ersetzt hier die Analyse der historischen Entwicklung Lateinamerikas durch eine touristische Anmerkung. Auf diese Weise kann er die gegenwärtige Unterentwicklung Südamerikas auf rassische und kulturelle Inferiorität der dortigen Bevölkerung zurückführen. Herr Stucki verzichtet auf die historische Darstellung aus wohlüberlegten Gründen: Eine solche Analyse hätte nämlich die Unsinnigkeit seiner Behauptung deutlich gemacht. Sie hätte zu dem Ergebnis geführt, dass bereits die Kolonisierung Lateinamerikas zunächst durch die Spanier im 16.Jahrhundert, später durch England

Er hatte daraufhin Herrn Rezai angeboten, ihn in seinem Wagen sogleich zum Flughafen zu fahren, damit Herr Rezai bei der Flughafenpolizei die Ausreiseformalitäten, die iranische Staatsangehörige am Vortag ihrer Ausreise dort absolvieren müssen, noch erledigen könne. Herr Rezai hat um ca. 17.30 h zusammen mit diesem Polizeioffizier das Hotel verlassen. Ich selbst habe dann im Hotel den Besuch eines Herrn von der Deutschen Botschaft abgewartet, den ich nach Dienstschluss der Botschaft noch privat von der Ausweisung habe verständigen können.
Herr Rezai hatte mir gesagt, dass er voraussichtlich erst um ca. 4.00 h am nächsten Morgen ins Hotel zurückkommen werde, weil er sich noch von seiner Familie und von seinen Freunden verabschieden wolle. Er ist seitdem verschwunden. Er ist bis zu meiner Abfahrt vom Hotel am Mittwoch, 21.10., um 5.30 h dort nicht mehr aufgetaucht. Meine eigenen Nachforschungen am Flughafen und diejenigen der Lufthansa haben keine Spur von ihm ergeben; angeblich sei auch sein Pass dort nicht vorgelegt worden.

7. Nachdem ich Passkontrolle und Gepäckabfertigung bereits passiert hatte, bin ich von einem uniformierten Polizeioffizier aus dem Vorraum zum Flugfeld zurückgeholt worden, weil noch eine Zollkontrolle meines Gepäcks vorzunehmen wäre. An der Gepäckkontrollstelle bin ich von zwei uniformierten Polizeioffizieren und vier bis fünf Zivilisten umringt worden. Ein Zivilist hat meine beiden Gepäckstücke durchsucht. Meine in einer Mappe zusammengefassten Unterlagen für meine dortige Tätigkeit sind geschlossen weggenommen worden, so alle Korrespondenz mit AI, Adressen aus Teheran und aus der BRD, mein Notizheft mit handschriftlichen Aufzeichnungen, auch solchen aus meiner hiesigen Anwaltstätigkeit, Telefonnotizen, Schreiben und Berichte der Conföderation Iranischer Studenten, in welchen mir Anschriften iranischer Behörden und Namen und Schicksale politischer Gefangener mitgeteilt worden sind. Meine Proteste sind völlig unbeachtet geblieben, auch diejenigen des dortigen Lufthansaleiters, der den Vorgang bemerkt hatte und hinzugekommen war. Der Wortführer der Geheimpolizisten hat mir in englischer Sprache erklärt: dieses sei eine routinemässige Kontrolle zur Sicherung im Flugverkehr, wie sie auch bei anderen Passagieren vorgenommen werde; eine schriftliche Wegnahmeverfügung komme nicht in Betracht, eine Quittung über die weggenommenen Unterlagen auch nicht; dass dies Unterlagen von und für AI seien, interessiere nicht, auch nicht, dass meine Handakten als Rechtsanwalt dabei seien. Die Polizisten haben mir die Angabe ihrer Namen verweigert. Die folgenden Äusserungen ihres Wortführers habe ich mir sogleich notiert: "Ich verspreche Ihnen, Sie werden in drei Tagen alles zurückbekommen - mit Ausnahme derjenigen Sachen, die für uns wichtig sind". Und auf meine Frage, was für sie wichtig sei, "Das, was für Sie wichtig ist".

Im Anschluss daran hat man mich gehindert, in das innere Flughafengebäude zurückzukehren.

8. Infolge der Ausweisung haben wir weitere Informationen und Dokumente, welche uns für die folgenden Tage zugesagt worden waren, nicht mehr erhalten können.

9. In der Nacht zum Donnerstag, 22.10.70, ist bei der hiesigen Presse eine dpa-Meldung aus Teheran eingelaufen: die iranische Regierung habe erklärt, sie habe den deutschen Rechtsanwalt Heldmann wegen "kommunistischer Kontakte" ausgewiesen und zur "persona non grata" erklärt und wegen desselben Sachverhaltes "einen seiner iranischen Freunde" verhaftet.

Am Freitag, 23.10.70, hat der Teheraner Korrespondent von Le Monde eine Erklärung iranischer Behörden berichtet, Rezai sei unter der Beschuldigung festgenommen worden, er habe die Staatssicherheit beeinträchtigt.

4. Am Montag, 19.10.70, haben wir im Informationsministerium das Büro des Staatssekretärs Nikucha aufgesucht, der uns an den Generaldirektor Tabatabai als den in unserer Sache zuständigen Abteilungsleiter verwiesen hat. Wir haben uns hier durch Übergabe unserer Auftragsschreiben und deren beglaubigter Übersetzungen in die persische Sprache als Vertreter von Amnesty International ausgewiesen und unser Anliegen detailliert vorgetragen. Insbesondere habe ich um Stellungnahmen zu den uns vorliegenden Informationen über die Behandlung politischer Gefangenen gebeten, habe um Aufklärung über das Schicksal einer Reihe von uns namentlich bekannten Gefangenen gebeten wie auch um die Bekanntgabe der Namen weiterer Gefangenen; ich habe die uns bekannten Todesfälle zur Erörterung gestellt; ich habe schliesslich um Zugang zu politischen Strafprozessen und Gespräche mit Gefangenen gebeten. Dabei habe ich ausdrücklich und besonders betont erklärt, dass es mir nicht darum ginge, iranische Behörden durch die Publizierung aufgedeckter Mißstände blosszustellen, sondern dass ich ausschliesslich das humanitäre Ziel von AI verfolgte, die Wahrung der auch vom Iran anerkannten internationalen Rechtsgrundsätze für die politischen Gefangenen zu erreichen. Insoweit habe ich die vertrauliche Behandlung aller Feststellungen und Verhandlungen angeboten - unter der Voraussetzung, dass Verletzungen von Menschenrechten alsbald abgestellt würden.

Herr Tabatabai hat uns die schnelle Unterstützung des Informationsministeriums versprochen.

Am Dienstag, 20.10.70, habe ich um 7.40 h telefonisch die Information erhalten: an diesem Tage sei die Urteilsverkündung in einem seit ca. zwei Wochen schwebenden geheimen Militärgerichtsprozess gegen den Schriftsteller und Arzt Dr.Sheibani zu erwarten (Dr. Sheibani war ca. drei Monate vorher festgenommen worden, nachdem er beim Begräbnis des im Gefängnis ermordeten Geistlichen Saidi eine kurze Ansprache gehalten hatte). Herr Rezai und ich haben daraufhin etwa eine Stunde später erneut bei Herrn Tabatabai vorgesprochen mit der Bitte, uns als Prozessbeobachter Zugang zu diesem Militärgerichtsverfahren zu verschaffen. Herrn Tabatabai war angeblich von diesem Verfahren nichts bekannt; er hat versprochen, sich sogleich zu informieren und unseren Wunsch weiterzugeben. Gemäss unserer Absprache mit ihm haben wir hernach etwa stündlich im Informationsministerium erneut angefragt, wobei uns die Sekretärin des Herrn Tabatabai von Stunde zu Stunde vertröstet hat, zuletzt gegen 14.00 h: Herr Tabatabai sei heute nicht mehr zu erreichen.

5. Um 16.00 h am selben Tag, Dienstag, 20.10.70, haben mich zwei Polizeioffiziere in Zivil im Hotel aufgesucht und mir unter Zuhilfenahme von Herrn Rezai als Dolmetscher eröffnet: ich müsse sofort, noch an diesem Tag, das Land verlassen, andernfalls ich festgenommen und gewaltsam abgeschoben werden würde. Auf Fragen und Vorhalte haben sie sich ausgewiesen und erklärt: eine schriftliche Ausweisung komme nicht in Betracht; eine Begründung auch nicht, ich sei "unerwünschte Person"; meine Beauftragung durch AI sei unbeachtlich, mein dortiger Aufenthalt hänge allein vom Willen der dortigen Behörden ab; es interessiere nicht, dass bisher noch kein anderes Land einen Vertreter von AI ausgewiesen habe; die Ausweisung betreffe nicht Herrn Rezai, aber Herr Rezai könne mit mir zusammen ausreisen. Meine Gegenvorstellungen haben lediglich bewirkt, dass die Ausreisefrist bis zum nächsten Morgen erstreckt worden ist.

6. Gegen 17.00 h habe ich im Lufthansabüro die Rückflüge für Herrn Rezai und mich gebucht. Zwischenzeitlich war um 17.00 h der eine der beiden Polizeioffiziere abermals ins Hotel gekommen, um sich unserer Flugbuchungen zu versichern. In seinem Gespräch mit Herrn Rezai hatte sich herausgestellt, dass er ein Bekannter des Bruders und ein früherer Untergebener des Vaters von Herrn Rezai ist.

3. In der ersten Woche unseres Aufenthaltes haben wir uns bemüht, bereits vorliegende Informationen über dasSchicksal politischer Gefangenen bestätigt zu bekommen und weitere Informationen zu erhalten. Es schien uns angezeigt, erst mit möglichst umfangreichem bestätigten Informationsmaterial bei den Behörden vorzusprechen. (Herr Rezai ist am Dienstag, 13.10., von 20.30 h bis ca. 24.00 h zu einer Unterredung mit Beamten des Geheimdienstes geladen worden. Unter anderem hatte man ihm in Aussicht gestellt, man werde uns beide ins Gefängnis sperren. Herr Rezai hatte aus dieser Unterredung den Eindruck mitgebracht, nach unserer Vorsprache bei Behörden seien Massnahmen ge-gen uns beide zu erwarten.)

Da mir iranische Geheimpolizisten bei meiner Ausreise alle in meinem Gepäck befindlichen schriftlichen Unterlagen weggenommen haben, bin ich für diesen Bericht auf meine Erinnerungen an die verschiedenen Informationsgespräche angewiesen. Mit Herrn Rezais Festnahme sind auch seine Unterlagen vollständig verschwunden.

In verschiedenen Gesprächen haben wir erfahren: seit Beginn dieses Jahres ist eine sehr grosse Zahl von Personen aus politischen Gründen festgenommen worden. Regelmässig sind deren Angehörige monatelang ohne Nachricht von ihrem Schicksal geblieben, obgleich das iranische Recht die Benachrichtigung der Angehörigen binnen 48 Stunden nach einer Festnahme vorschreibt. Die Gefangenen werden regelmässig bis zu einem etwaigen Gerichtsverfahren festgehalten, ohne von strafrechtlichen Vorwürfen gegen sie Kenntnis zu erhalten. Es ist nicht bekannt, welche der ca. 1000 in diesem Jahr Festgenommenen angeklagt oder verurteilt worden sind. Die Presse berichtet nicht über politische Strafverfahren. Politische Strafverfahren sind nicht öffentlich, sondern finden vor geheimen Militärtribunalen statt. Politische Gefangene werden ganz regelmässig in den Gefängnissen gefoltert, mit Ausnahme nur solcher wenigen Häftlinge, die innerhalb und ausserhalb des Landes sehr bekannt sind. Die Familien von Gefangenen werden häufig psychischem Terror und wirtschaftlichem Druck ausgesetzt. (Beispiel: der Ehefrau eines Gefangenen ist angedroht worden, man werde sie öffentlich im ganzen Lande als Hure verleumden,einsperren und als Hure behandeln.)

Die bereits vorliegenden Meldungen über den Foltertod des Geistlichen Saidi und des Absolventen des Polytechnikume in Teheran, Nikdawudi, sind bestätigt worden. Saidi soll schlieeslich daran gestorben sein, dass man ihm kochendes Wasser in den Darm eingeführt habe. Nach einem mir vorliegenden ärztlichen Attest aus der Klinik der Zentralen Haftanstalt hatte Nikdawudi die folgenden zum Tode führenden Verletzungen erlitten: Bruch der Halswirbel, Verletzung des Rückenmarks und von Zwischenwirbelscheiben, welche zur totalen Lähmung aller Extremitäten und der Intercostal muskeln geführt hatten. Wir haben ferner wiederholt die Information erhalten, dass auch der iranische Student Ghorban Shirmohamagi, der Anfang September wegen politischer Betätigung aus der Türkei nach dem Iran abgeschoben worden war, an Folgen von Folterungen gestorben sein soll und unter fremdem Namen als angeblliches Opfer eines Autounfalls auf einem uns ebenfalls namentlich benannten Friedhof in Teheran beigesetzt worden sein soll.

Ganz allgemein habe ich feststellen können, dass die Konfoederation iranischer Studenten über die Verfolgungsmassnahmen und über die Personen der hiervon Betroffenen zuverlässig berichtet. Das trifft insbesondere auch zu für die in jenen Berichten namentlich erwähnten politischen Gefangenen.

Wir haben lediglich von einem einzigen zu jener Zeit stattfindenden politischen Strafprozess erfahren können, dem des Dr.Sheibani, ohne jedoch Zutritt zu diesem Verfahren zu erhalten (hierzu s.u.).

persien

Schah Mohammed Reza Pahlewi, Kaiser von Persien, in seinem Buch: "Die soziale Revolution Irans".

"Ich gebe kein Geheimnis preis ich bekenne, dass mich eine höhere Kraft beseelt, wenn ich die Geschicke Irans lenke und daher Impulse empfange, die die zweite iranische Renaissance unwiderruflich eingeleitet haben. Ich sehe in mir bei allem, was ich verrichtet habe und was ich noch tun werde, nichts anderes als das Instrument zur Vollstreckung göttlicher Bestimmungen. Ich bitte den Allmächtigen, dass er mich auf meinem Weg für Iran weiter stärkt und stützt, damit diesem Land und diesem Volk unter dem Schild seiner Gnade und seiner Güte mehr und mehr Fortschritt, Wohlstand und Glück zuteil werde."

politischer terror

Rechtsanwalt Dr.H.H.Heldmann von Amnesty International (AI) über seine Persienreise vom 10.10.1970 bis 21.10.1970:

1. Im Auftrag von AI bin ich am 10.10.1970 nach Teheran gereist. Herr Hossein Rezai, iranischer Student an der Universität Mainz, hat mich als Dolmetscher begleitet. Sein Auftrag von AI, Osterreichische Sektion, war, als Dolmetscher für mich tätig zu sein und mit mir zusammen hernach an AI zu berichten. Unserer Beauftragung lagen neue Informationen zugrunde über zunehmende Verfolgungsmassnahmen in Iran aus politischen Gründen. So sollen seit Beginn dieses Jahres über 1000 Personen verhaftet worden sein; innerhalb der letzten Monate sollen mindestens 2 Gefangene zu Tode gefoltert worden sein; in diesen Monaten sollen eine Mehrzahl von geheimen Prozessen vor Militärtribunalen stattfinden; politische Gefangene sollen unter der falschen Anschuldigung des Rauschgifthandels zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sein.

2. Herr Rezai und ich haben schon vom Flughafen an erkennbar unter Überwachung gestanden. Unsere Kontrolle durch die Geheimpolizei war, wie wir - teilweise erst später - erkennen mussten, perfekt: einschliesslich der Überwachung unserer Telefongespräche und unserer Gespräche in den Hotelzimmern. Vielfach ist uns unsere Überwachung geradezu demonstriert worden.

Die Kontaktnahme zu potentiellen Informanten hat sich als sehr schwierig erwiesen - schwieriger noch,als bei meinen früheren Besuchen im Dezember 1965 und im April 1969. Die Terrorisierung der Bevölkerung und die Brutalisierung der Unterdrückung hat erkennbar ein von mir selbst nicht vorausgesehenes Ausmass angenommen. Wir wissen, dass Gesprächspartner von uns, aber auch solche Personen, die lediglich als Gesprächspartner für uns in Betracht kommen konnten, von SAVAK intensiv bedroht worden sind, so damit: für immer im Gefängnis zu verschwinden.

Danach sind uns Kontaktnahmen nur teilweise gelungen.

CHILE — aktion

In einem Interview mit dem SPIEGEL (vgl. SPIEGEL 38/1970, S.128) berichtete der mittlerweile zum Staatspräsidenten gewählte Dr. Allende, dass die Bundesregierung einen schon früher in Aussicht gestellten 50-Millionen Dollar-Kredit gesperrt habe. Die Mittel sollten der wissenschaftlichen Zusammenarbeit (genau: der elektronischen Datenverarbeitung sowie dem Operation Research für gemeinwirtschaftliche Projekte) dienen.

Drei Berliner Gruppen (der "Lateinamerikanische Studentenverein, eine Gruppe Berliner Pfarrer sowie der "Arbeitskreis Dritte Welt") forderten schon im Oktober den zuständigen Minister Eppler sowie Bundeskanzler Willy Brandt zu Stellungnahmen zu den Vorwürfen Allendes auf. Da aber bis heute von Seiten der Regierung jegliche Antwort ausblieb, ist nach wie vor ungeklärt, ob der besagte 50-Millionen Dollar-Kredit tatsächlich weiterhin gesperrt ist.

Um in dieser Angelegenheit endgültige Klarheit zu erlangen, ist es erforderlich, dass möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen sich in Telegrammen und Briefen an das BMZ wenden und um entsprechende Auskünfte ersuchen.

Den am iz3w beteiligten Gruppen und Einzelpersonen müsste es durch eine konzertierte Aktion möglich sein, diese Angelegenheit schnell aufzuklären.

Auszug aus einem Artikel der "Deutschen Volkszeitung" vom 17.12.70

Botschafter warnt

Von Anfang 1967 bis zum Juni dieses Jahres war Dr. Rudolf Salat Botschafter der Bundesrepublik in Chile. In der vorigen Woche hielt der Diplomat in Frankfurt vor der „Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft" einen Vortrag. „Ich werde brutal offen reden", versprach der Botschafter und wies darauf hin, daß der Erfolg des Marxisten Salvadore Allende darauf zurückzuführen sei, daß „gewisse rechtsradikale Wirtschaftskreise" in bedauerlicher Verblendung auch die bescheidensten Reformen des Christdemokraten Frei sabotiert hätten. Großgrundbesitzer und Grubenbarone hätten das Geld ins Ausland gebracht, das für dringende Investitionen gefehlt habe.

Aus: Die Welt vom 16.12.70

Dipl.-Volkswirt - Dr. rer. pol. (Berlin)

65 J., Steuerberater, bisher Inhaber eines angesehenen Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsbüros in Santiago de Chile (u. a. vollakademische Ausbildung der dortigen Universität), ist wegen der politischen Entwicklung Chiles gezwungen, seine Existenz aufzugeben und in seine Heimat Deutschland zurückzukehren. Er sucht hier eine Beschäftigung, möglichst in einer Treuhand- oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, und strebt weniger eine gute Dotierung als zunächst einmal Anpassung und Vervollkommnung im deutschen Steuerrecht an mit dem möglichen Endziel, in absehbarer Zeit eine Partnerschaft in einer Treuhand gesellschaft o. ä. zu erlangen. Weltweite einschlägige Erfahrungen, u. a. in Konkursen/Vergleichen. Abgesehen von seiner vollakademischen Ausbildung in Deutschland war er hier früher lange Jahre in führenden Industrie- und Handelsunternehmen tätig. Referenzen im In- und Ausland. Fremdsprachen: Spanisch (wie seine Muttersprache), fließend Englisch, gutes Portugiesisch.

Bitte, erfragen Sie Näheres unter T 5046 an WELT-Verlag, 43 Essen, Postfach 38.

In Afrika konzentriert sich das chinesische Interesse vor allem auf die im Osten gelegenen Staaten Tansania und Sambia. Mit dem Bau der seit langem geplanten Eisenbahnlinie von der Hafenstadt Dar es Salaam in Tansania nach Sambia ist begonnen worden. Die Kosten für diese 1600 km lange Eisenbahnstrecke, die in fünf Jahren fertiggestellt sein soll, werden sich auf 250 bis 300 Mill.$ belaufen. Peking stellt Tansania zur Finanzierung dieses Projektes ein zinsloses Darlehen zur Verfügung, das innerhalb von 25 Jahren zurückzuzahlen ist. In Tansania haben die Chinesen bereits eine Textilfabrik gebaut, eine grosse Staatsfarm angelegt und zwei Radiosender errichtet. Weitere Projekte, die in Angriff genommen wurden, schliessen die Anlage einer zweiten Staatsfarm sowie den Bau einer Leder- und einer Schuhfabrik, eines Krankenhauses und einer Reparaturwerkstätte für landwirtschaftliche Geräte und Traktoren ein. In Sambia begannen chinesische Techniker mit dem Bau der Lusaka-Mankoya-Strasse, die den südwestlichen Teil des Landes erschliessen soll. Mit dem Bau eines Radiosenders ist ebenfalls begonnen worden.

In Somalia wurde eine Versuchsstation zum Anbau von Reis und Tabak errichtet, ferner kam es zum Abschluss eines Abkommens über die Durchführung von Wasserbauprojekten. Mauretanien wurde von Peking die Hilfe beim Bau von Bewässerungsbrunnen zugesagt; das Land erhielt ausserdem ein Geschenk von 3000 t Getreide. In Kongo (Brazzaville) wurde ein mit chinesischer Hilfe gebautes Textilwerk in Betrieb genommen. Für den Bau einer grossen Staatsfarm wurde der Grundstein gelegt. Ausserdem wurde ein Abkommen über den Bau einer kleinen Schiffswerft geschlossen.

In Westafrika hat Guinea bisher am stärksten von der chinesischen Entwicklungshilfe profitiert. Es wurden eine Zigarettenfabrik, eine Streichholzfabrik, eine Teefabrik, eine Ölmühle und ein Wasserkraftwerk gebaut und eine Teeplantage angelegt. Für Mali, wo die Chinesen eine Reihe von Fabriken und eine Bewässerungsanlage erbaut haben, bestehen offenbar keine neuen chinesischen Entwicklungsprojekte.

Genaue Angaben über die Gesamthöhe der chinesischen Wirtschaftshilfe lassen sich nicht machen. Sicher ist die Hilfe Chinas an die Entwicklungsländer betragsmässig geringer als die der westlichen Länder und der Sowjetunion. Die Bedingungen der chinesischen Hilfe dürften jedoch günstiger sein als die der westlichen Länder, Japans oder der Sowjetunion. Peking gewährt vorwiegend zinslose Darlehen oder verlangt - bei langfristigen Darlehen - höchstens 1 Prozent Zins. Die mit chinesischer Hilfe durchgeführten Projekte kommen in der Regel auch den Gegebenheiten der Empfängerländer entgegen. So steht beispielsweise im wasserarmen Jemen die Erschliessung von Wasserquellen im Vordergrund der chinesischen Hilfe. Infrastrukturvorhaben, wie dem Bau von Strassen, Eisenbahnlinien und Elektrizitätswerken, wird ebenfalls besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

der chinesischen Regierung und den Regierungen der betreffenden vornehmlich asiatischen und afrikanischen Staaten vereinbart worden waren.

Im asiatischen Raum sind die Nutzniesser der chinesischen Hilfe vor allem Pakistan, Nepal, Afghanistan, Kambodscha, Ceylon, Jemen und Südjemen. In Westpakistan sind mit chinesischer Hilfe zwei Strassen gebaut worden, von denen die eine von Latak durch Kaschmir zum Lhasa-Hochweg, die andere von Gilgit in Kaschmir über den Karakorampass nach Lupukias in Sinkiang führt. Mit chinesischer Hilfe wurde auch eine grosse Maschinenfabrik in Taxila (Ostpakistan) erstellt. Die von den Chinesen gewährten Darlehen sind projektgebunden. Mit chinesischer Kapitalhilfe sollen unter anderem eine Zuckerraffinerie, eine Kunstdüngerfabrik und eine Giesserei sowie ein Eisenhüttenwerk im Industriekomplex von Taxila finanziert werden.

Recht aktiv ist die Volksrepublik China auch im Himalajastaat Nepal. Hier wurde eine mit chinesischer Unterstützung gebaute Ziegelei eingeweiht. Ausserdem wurde der Grundstein zum Bau des Sunkoshi-Wasserkraftwerkes gelegt, das an der von den Chinesen gebauten 104 Kilometer langen Strasse liegt, die von Katmandu nach Kodari an die nepalesisch-tibetische Grenze führt und Nepals Hauptstadt mit Lhasa verbindet. Die Kosten dieser Strasse sollen sich auf 3,5 Mill.£ belaufen. Zwischen der chinesischen und der nepalesischen Regierung wurde ein Abkommen über den Bau einer weiteren Strasse geschlossen, die von Katmandu nach Pokhara führt und eine Länge von 250 Kilometern aufweist. Die Kosten für diese Strasse sind auf 45 Mill.$ veranschlagt worden. Für den Bau von einigen Wasserkraftwerken wollen die Chinesen Nepal ein Darlehen in der Höhe von 75 Mill.$ zur Verfügung stellen.

In Kambodscha, wo die Volksrepublik China bereits sechs Fabriken erstellt hat, wurde ein neues Spital eingeweiht, die Papierfabrik überholt und Versuche unternommen, Tee anzubauen. Mit Ceylon wurde ein Abkommen zum Bau einer Textilfabrik getroffen, die 25 000 Spindeln und 600 automatische Webstühle aufweisen wird. In Jemen hat China eine längere Strasse gebaut, an der chinesische Techniker eine Reihe von Brunnen gebohrt und einheimisches Personal in der Wassergewinnung ausgebildet haben. Der während der Kulturrevolution unterbrochene Strassenbau im nördlichen Laos und im nördlichen Burma wurde wieder in Angriff genommen.

Auch Nordvietnam und Albanien erhielten chinesische Wirtschaftshilfe. Mit Nordvietnam wurde ein Abkommen über weitere wirtschaftliche Unterstützung abgeschlossen. Die Volksrepublik China liefert an Nordvietnam vor allem Reis, Baumaterialien, Stahl und pharmazeutische Produkte. Nach Schätzungen hat die Volksrepublik China schon 1969 Nordvietnam Wirtschaftshilfe und militärische Hilfe im Gesamtbetrag von 200 Mill.US-$ gegeben. Grosszügigen chinesischen Beistand erhält auch Albanien. Mit Hilfe Chinas sollen in Albanien 30 Entwicklungsprojekte realisiert werden, die mit einem zinslosen Kredit, der für die Periode 1969 bis 1975 gewährt wurde, finanziert werden. 1969 sind einige Projekte fertiggestellt worden, so ein Damm, ein Textilkombinat, ein Wärmekraftwerk und eine Ölraffinerie. Nordkorea hat in den letzten Jahren keine chinesische Wirtschaftshilfe mehr erhalten. Die erneute Annäherung zwischen Peking und Pjongjang könnte aber vielleicht die Chinesen bewegen, dem kommunistischen Nachbarstaat wieder wirtschaftliche und technische Unterstützung zu gewähren.

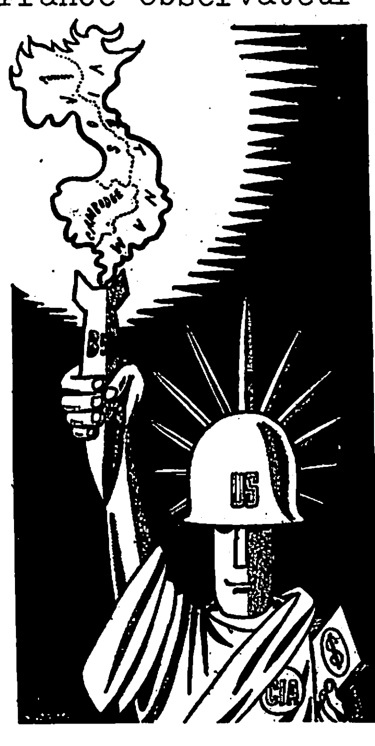
Südvietnam	668,9
Taiwan	300,0
Südkorea	282,6
Thailand	179,2
Indonesien	211,6
Kambodscha	64,3

Ein Blick auf die sozioökonomischen Strukturen dieser Länder zeigt, wer in diesen Staaten ein Interesse daran hat, zusammen mit den "Garanten der Freiheit", den Christen im Weissen Haus und in der Wallstreet, die "freie Welt" gegen die "roten Terroristen" zu verteidigen.

Die Publikationen von SIPRI sind zu beziehen bei:
Almquist & Wiksell, P.O. Box 62, S-101 20 Stockholm 1, Schweden;
Besonders interessant dürfte in diesem Zusammen-hang das im Frühjahr 1970 erschienene Buch "The Arms Trade with the Third World" sein.

prd

Aus : France Observateur



Frankfurter Rundschau 6.1.71

Waffenkäufe aus US-Hilfsprogramm

WASHINGTON, 5. Januar (UPI). Waffen im Wert von über 700 Millionen Dollar haben in den letzten sechs Jahren notleidende Länder mit Geldern gekauft, die ihnen durch das US-Hilfsprogramm „Nahrung für den Frieden" zugeflossen waren. Dies ergab sich am Montag durch die Angaben des Leiters des US-Bundesrechnungshofes Elmer Staats vor einem Unterausschuß des US-Kongresses. Staats erklärte, der Kauf von Waffen sei zulässig. Das Gesetz von 1954 erlaube die Beschaffung von Ausrüstungen für die Verteidigung unter Einschluß der inneren Sicherheit. Durch das Programm „Nahrung für den Frieden" verkaufen die USA landwirtschaftliche Überschüsse an notleidende Staaten in deren Landeswährung. Die Gelder werden den Staaten dann wieder für Ankäufe verschiedener Art in den USA zur Verfügung gestellt.

CHINAS Entwicklungshilfe

Aus: Aussenhandelsdienst der Bank für Gemeinwirtschaft Nr.27 vom 20.Sept.1970.

Die Volksrepublik China hat in letzter Zeit ihre wirtschaftliche und technische Hilfe an asiatische und afrikanische Entwicklungsländer wieder intensiviert. Nach dem letzten Parteikongress hat Peking zahlreiche Entwicklungsprogramme, die während der Kulturrevolution zum Stillstand gekommen waren, wieder aktiviert und auch eine grössere Zahl von Technikern ins Ausland geschickt. Schon 1969 wurden in 15 Ländern insgesamt 49 Entwicklungsprojekte in Angriff genommen, wobei indessen nicht bekannt ist, ob in dieser Zahl auch jene Vorhaben eingeschlossen sind, die bereits vor längerer Zeit zwischen

Amerikaner sich personell zurückziehen, als Kompensation den asiatischen "Alliierten" aber verstärkte Waffenlieferungen und Finanzhilfen zukommen lassen (womit Nixon u.a. hoffte, seine innenpolitischen Gegner zu schwächen, da nun nicht mehr die eigenen "boys" für die Freiheit, die Wallstreet meint, sterben müssten.)

Diese von Nixon zusätzlich verlangte 1 Milliarde Dollar sollen zu den 2,2 Mrd. Dollar hinzukommen, die schon für das am 1.Juli beginnende Haushaltsjahr 71 als "Auslandshilfe" festgesetzt sind.

Diese Milliarde setzt sich im einzelnen zusammen aus:

- 500 Millionen Dollar für Israel (= 50 % von Israels Militärbudget)
- 400 Millionen für die asiatischen "Alliierten", davon
  - 155 Millionen "Wirtschafts-" und Militärhilfe an Kambodscha
  - 150 Millionen für die Modernisierung der südkoreanischen Armee
  - 65 Millionen an Südvietnam als "Wirtschaftshilfe"
  - 30 Millionen an das Suharto-Regime in Indonesien.

Die restlichen 100 Millionen sind so aufgeteilt:

- 30 Millionen für Jordanien
- 70 Millionen für Taiwan, die Türkei und Griechenland.

Nixon versuchte mit diesem Gesamtantrag über 1 Milliarde Dollar seine innenpolitischen Vietnam-Gegner dadurch an die Wand zu spielen, dass er die in der US-amerikanischen Öffentlichkeit gut zu verkaufende Unterstützung an Israel mit einbezog und das Paket als Ganzes zur Abstimmung vorlegte.

Das US-Militär-Budget hat 1969 die Höhe von 79,8 Milliarden Dollar erreicht, das sind ca. 50 % der gesamten Welt-Rüstungsausgaben und 51 % des US-Staatshaushalts.
Die Kosten für den Krieg in Vietnam stellten den wichtigsten Faktor für die Zunahme der US-Militärausgaben dar; sie verschlangen 1969 allein 36 % des Militärbudgets. 1)

US-Militärausgaben (in Milliarden Dollar) 2) :

	1966	1967	1968	1969
Insgesamt	54,4	67,5	77,4	79,8
davon für den Krieg in Vietnam	5,8	20,1	26,5	28,8

Auch die geographische Aufteilung der US-amerikanischen Militärs offenbart die ausserordentlich grosse strategische Bedeutung, welche Südostasien für die US-Regierung hat : 3)

1968 hatten die USA 3,5 Millionen Soldaten (1965 waren es noch 2,6 Millionen); von diesen 3,5 Millionen befanden sich 1,5 Millionen im Ausland. Von diesen 1,5 Millionen wiederum

waren 600 000 in Indochina und
280 000 in Japan, Südkorea, auf den Philippinen, auf Taiwan, in Guam und auf den Pazifischen Inseln.

Von SIPRI stammt auch eine Statistik über die militärischen Aufwendungen der wichtigsten Verbündeten der USA im Fernen Osten : (1969 in Millionen Dollar)

----

1), 2), 3) jeweils SIPRI, zit.nach Jeune Afrique,a.a.O.

So einfach ist das also! So freundlich stellt sich nun nach jener entmutigenden Analyse die politische Zukunft der Dritten Welt dar.

Ich möchte mit dieser Kritik niemanden abhalten, Danckwerts Aufsatz zu lesen. Ich meine nur, dass sich solches nicht lohnt; und zwar aus dem Grunde, weil Danckwerts genau das versäumt zu tun, was er einleitend zu seiner "Analyse" verspricht, nämlich den "schlagworthaften Formeln des Imperialismus und staatsmonopolitischen Kapitalismus usw." über eine gegenwartsorientierte empirische Aufarbeitung "ihre politische Bedeutung zurückzugeben". Seine Analyse konnte dadurch wiederum nur engmaschig und undifferenziert werden und musste dann zwangsläufig, weil er nicht ganz darauf verzichten wollte, einen Ausweg zu nennen, auf jenen naiven "Vinceremismus" (und man wird trotzdem siegen) hinauslaufen, an den übrigens Danckwerts der Anlage seiner Analyse nach am wenigsten glauben kann.

Ich meine, Globalanalysen mit einem dialektisch konstruierten Happy-End sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt wirklich nicht mehr notwendig. Es gibt genug von ihnen, wobei ich allerdings nicht sagen will, dass Danckwerts Analyse vom Aufbau und der Sprache her die schlechteste unter ihnen ist. Analytisches Interesse verdienen die "Lücken im System" und die Art und Weise, wie diese Lücken zu Löchern aufzureissen sind. Vom System selbst und seiner funktionalen Geschlossenheit hat man nun genug gehört!

siba

pentagonismus

FRIEDE DEN MENSCHEN AUF (NAPALMVERBRANNTEN) ERDEN ?

Nixon hat am 18.11.70 vom Kongress unter dem Titel "ausländische Militärhilfe" Zusatzbewilligungen von über 1 Milliarde Dollar verlangt 1). 400 Millionen Dollar sind bestimmt für Kambodscha, Südvietnam, Südkorea und Taiwan. Diese Waffenlieferungen, zynisch bezeichnet als Weg, "den Frieden zu verbreiten" (Nixon-Rede vom 7. Okt.70) gehören zur sog. Guam-Doktrin, die besagt, dass die US-

----

1) Vgl.Jeune Afreque, herausgeg.v.d.Presse Africaine Associée, Paris, Nr.519 vom 15.Dez.1970, S.24 f;
Ebenda sind auch die folgenden,von SIPRI (Internat.Friedensforschungsinstitut,Stockholm) ermittelten Informationen wiedergegeben: "In dem Abschnitt "Die Weltrüstung und die Abrüstung 1969-70" findet sich das folgende Beispiel: Die Pläne der US-amerikanischen Luftwaffe sehen für das Haushaltsjahr 1971 den Kauf von 390 Flugzeugen vor, wovon 223 für das militärische "Auslandshilfeprogramm" und nur 167 für die eigene Armee vorgesehen sind. Der gleiche Bericht,weist auch nach, dass von 1950-1967 Südkorea, Taiwan und Thailand (fast ausschliesslich aus den USA) militärische Unterstützung im Wert von 6,3 Milliarden Dollar erhalten haben.
Übrigens ist der Transfer US-amerikanischer "Überschuss-Waffen" zu einem immer häufiger angewandten Trick der Nixon-Regierung geworden, um den vom Kongress auferlegten Beschränkungen zu entgehen. So erhielt z.B.allein Taiwan 1969 "Überschusswaffen" aus den USA im Wert von 157 Millionen Dollar.

Natürlich benötigen diese empirisch mager belegten Thesen eines logisch zwingenden theoretischen Rahmens; und wieder muss Lenins Imperialismustheorie herhalten: Zunächst führt Danckwerts diese zwar mit der Feststellung ein, "dass die Entwicklungsregionen für den Export von wirtschaftlichen Schwierigkeiten an Bedeutung verlieren", versteift sich dann aber 30 Seiten weiter doch wieder darauf, dass der Kapitalismus zwangsläufig kaputt gehen müsse, wenn er seine Krisen nicht mehr in die Entwicklungsländer exportieren könne (S.54). - Soweit Danckwerts düstere Analyse.

Und die entwicklungspolitische Opposition in der BRD? Überflüssig zu sagen, dass es sie im Parlament nicht gibt. Die Opposition "engagierter Gruppen im Bereich der Jugend, der Kirchen und der Intellektuellen"? Sie wird "mitverbraten" ! Über eine teilweise Finanzierung der Öffentlichkeitsaktionen dieser Gruppen (nach Danckwerts werden "eine Vielzahl der studentischen Arbeits-und Aktionsgruppen ... vom BMZ finanziell unterstützt") versteht es das BMZ, diese politisch zu entschärfen oder "unscharf" zu halten, d.h., sie auf das Niveau "moralischer Appelle und idealistischer Vorschläge" zu fixieren, wodurch auch diese Seite - ob bewusst oder unbewusst - hilft, die Interessenzusammenhänge in der Entwicklungsländerpolitik zu verschleiern.

Auch das, was die "Alte" oder "Neue" Linke tut, findet Verwertung in dem vom Kapital beherrschten "technokratischen Management der Planung und Lenkung" - zumindest werden von diesen Stellen "progressiv marxistische Analysen" nach Danckwerts in "einem kaum für möglich gehaltenen Masse aufgegriffen und verwertet". In welcher Weise dies letzte (die Verwertung) geschieht, wird von Danckwerts offen gelassen.

Um nun aber den Leser seines Aufsatzes nicht in Hoffnungslosigkeit zu entlassen, bedient sich Danckwerts zum Schluss seines Aufsatzes eines dialektischen Tricks: Er konstruiert einen Widerspruch zwischen den Interessen der"Sachverwalter des Kapitals" in den nationalen Regierungen und supranationalen Organisationen und den Interessen derer, die durch diese vertreten werden. Der Leser fragt sich zunächst überrascht, wie solches möglich ist. Nur eine wohlwollende Interpretation kann Sinn in diesen logischen Unsinn bringen: Es könnte von Danckwerts ein Antagonismus gemeint sein, zwischen dem, was nur kurzfristig den Interessen des westeuropäischen und nordamerikanischen Kapitals dienen kann und dem, was langfristig notwendig ist unter dem Aspekt einer dauerhaften Verteidigung der, wie es Danckwerts euphorisch (oder "euphoristisch") nennt, "kapitalistischen Restwelt" gegen die Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt - also, was langfristig im Interesse des Kapitals erforderlich ist. Ein von der Technokratie in den nationalen Regierungen und internationalen Organisationen weitsichtig ausgeklügelte Kapitalismus-Strategie soll, wo würde ich Danckwerts interpretieren, gegen den "gewöhnlichen" Kapitalismus stehen, der in hirnloser Brutalität seiner Profitgier folgt.

... und nun das Happy-End: Die Technokraten verlieren, obwohl sie es, wie Danckwerts auf 46 seines 47 Seiten umfassenden Aufsatzes zu zeigen sucht, überaus raffiniert anstellen und sich scheinbar alles im Sinne einer globalen Kapitalismus-Strategie harmonisch zueinander fügt. Der gewöhnliche Kapitalismus ist jedoch nicht zu domestizieren! Er ist zur aufgeschobenen Triebbefriedigung (oder Profitgierbefriedigung) nicht fähig. Seine Brutalität schlägt immer wieder durch.

Den Rest erledigen dann die Befrei-ungsbewegungen!

im Kapitalismus schon immer getan hat, nämlich als Herrschaftsinstrument der Herrschenden, sprich Kapitaleigentümer, zu fungieren, tut die FDP/SPD-Regierung dies unter Einwirkung des Rezessionstrauma von 66/67 anders - anders als dies beispielsweise Ehrhard mit seiner "neoliberalen Wirtschaftspolitik" getan hat und zwar effektiver. Sie geht mit mehr Überlegung, Planung und staatsinterventionistischer Lenkung ihrem alten Geschäft nach, das ist: die Sicherung der Profitraten des nationalen Kapitals.

Endlich erhält nun auch die Entwicklungspolitik, die anfangs lediglich eine Stützungsfunktion für den nordamerikanischen Imperialismus hatte, als Neuauflage eines deutschen Imperialismus den ihr gebührenden Platz in der jetzt weitsichtigeren und krisenfesteren Kapitalverwertungsstrategie der SPD/FDP-Regierung.

Die Köpfe dieses neuen westdeutschen Imperialismus, der gegenüber dem Beuteimperialismus Nordamerikas weniger polternd, reflektierter, subversiver auftritt, finden sich im BMZ, dem Ministerium mit jener, wie Danckwerts sich ausdrückt, "aussergewöhnlichen Flexibilität" "denn wenn E.P. die Interessen des westdeutschen Kapitals nur durch Planung und Lenkung in den Ländern der Dritten Welt sichern kann, dann wirkt das auf die Arbeitsweise des Ministeriums zurück". Das Letzte ist eine echte Überraschung; Danckwerts vermochte damit ohne Zweifel eine aparte Note in seine Analyse hineinzubringen, aber - wie mir scheint, die einzige interessante Variante gegenüber den gängigen Imperialismusanalysen oder besser "Imperialismusbetrachtungen".

Wischnewski, Eppler und Sohn sind danach die Protagonisten des sich seit 1966 mausernden BRD-Imperialismus. Danckwerts bleibt den Beweis nicht schuldig: Er nimmt in einer Vielzahl von Zitaten, die er mit bewunderungswürdigem Fleiss aus einer Fülle von Reden, Aufsätzen, öffentlichen Stellungnahmen zusammengetragen hat, jene Leute einfach beim Wort - und er findet dabei immer das richtige Wort. Danckwerts ist Soziologe mit gewissen politökonomischen Kenntnissen. Wen wundert es dann, dass auch er sich dem zu entziehen sucht, was er einleitend der Linken in der BRD empfiehlt, nämlich die längst fällige Aufbereitung des Faktenmaterials zur deutschen Entwicklungsländerpolitik und dass er statt dessen seine "Analyse" wiederum nur in sprachanalytischen Erörterungen von Politiker-Äusserungen gründen lässt. So analysiert Danckwerts einen abstrakten "Überbau-Imperialismus",den er allerdings auch nicht ansatzweise aus der "materiellen Basis" (d.h. den konkreten, empirisch aufzuarbeitenden ökonomischen Beziehungen) herzuleiten versteht.

Man lenkt und plant aber staatlicherseits im Interesse der Herrschenden nicht nur auf nationaler Ebene. Mit der internationalen Kapitalverflechtung erweist sich nach Danckwerts der Arm der nationalen Politik und Administration als zu kurz. Demzufolge schafft sich inzwischen unter engagierter Mitwirkung der westdeutschen Regierung auf internationaler Enene das Kapital eine weitere Superstruktur. Danckwerts meint natürlich die Gremien der UNO. Diese supranationalen Organisationen werden trotz der, wie Danckwerts an anderer Stelle konstatiert, heftigen zwischenstaatlichen Konkurrenz der imperialistischen Industrienationen um die Rohstoffquellen, und Absatz- wie Arbeitskräftemärkte in den nichtsozialistischen Ländern der Dritten Welt, in wachsendem Masse die politischen und administrativen Schaltstellen einer, wie Danckwerts es nennt, "globalen Kapitalismus-Strategie" - eine Strategie, die nun plötzlich die einzelnen kapitalistischen Industrienationen friedlich zu einer gemeinsamen, international organisierten Ausbeutung zusammenführt.

10.000-er Menschen, die ihre Dörfer wegen des Volta-Staumeeres verlassen mussten, entstanden sind. Der Strompreis darf nach dem Kontrakt während der ersten 30 Jahre nicht erhöht werden. Der gesamte Import von Kapitalgütern und Materialien,die zum Bau der Schmelzöfen erforderlich sind, erfolgt 30 Jahre lang zollfrei. Auch alle sonstigen Importe erfolgen während der ersten 30 Jahre, ohne dass Zoll erhoben werden darf. Eine Beschränkung der Aluminiumproduktion ist vertraglich ebenso ausgeschlossen wie eine Kontrolle oder Besteuerung des Aluminium-Exportes.

Während der ersten 5 Jahre bezahlt VALCO keine Steuer. Diese Frist kann nochmals um 5 Jahre verlängert werden, wenn der Gewinn der ersten 5 Jahre weniger als 60 Millionen Dollar beträgt.
(NB: Der Bau des Ofens hat 122 Millionen Dollar gekostet; die Ex-Imbank gewährte einen Kredit über 90 Millionen Dollar, das Eigenkapital beträgt 32 Millio-nen Dollar). Der künftige Gewinn von VALCO ist per Vertrag festgelegt: das von VALCO produzierte Aluminium wird den beiden Muttergesellschaften zu einem Betrag von 56 % des Weltmarktpreises "verkauft".

Sobald VALCO der Besteuerung unterliegt, muss bis zum Jahr 1997 der Tarif angewendet werden, der am 2.1.1961 galt. In Anbetracht der umfangreichen Investierungen, die Ghana sowohl in ausländischer Valuta wie in eigener Währung hat aufbringen müssen, ist vorläufig der Beitrag von VALCO zum Nationaleinkommen äusserst gering. Dieser Beitrag beschränkt sich mehr oder weniger auf den Kauf der Elektrizität und die Löhne von etwa 1200 Arbeitskräften.

Die bedauerlichste Tatsache ist jedoch noch nicht zur Sprache gebracht. Ghana besitzt grosse Bauxit-Vorkommen, so dass eine völlig integrierte Aluminium-Industrie durchaus möglich wäre. Die Muttergesellschaften von VALCO haben daran jedoch kein Interesse.....
Die Annahme ist berechtigt, dass Ghana einfach in die internationale Planung der Aluminium-Industrie eingefügt wird.
Trotz aller schönen Worte, dass die Aktivität privater Unternehmungen sich in das nationale Entwicklungsprogramm eines Landes einfügen muss, geschieht meist genau das Umgekehrte: das Entwicklungsland wird eingespannt in die internationalen Pläne der grossen amerikanischen und europäischen Unternehmungen."

REZENSION

D. Danckwerts:
Revision der Entwicklungspolitik: Der Staat als Superstruktur im Spätkapitalismus.
In: Danckwerts, Pfütze, Lechner, Stiebitz,
Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, edition suhrkamp, Frankfurt 1970.

Eine weitere Imperialismus-SYSTEMATIK mit einem "vinceremistischen" Lösungsweg.

Danckwerts hat es vor allen Dingen mit der sog."sozial-liberalen" Koalition und dabei besonders mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Obwohl diese Regierung und dieses Ministerium dasselbe tut, was nach Danckwerts staatliche Organisation

INSTITUTIONEN

Deutsches Forum für Entwicklungspolitik.

Die konstituierende Sitzung des Forums fand am 23.10.70 in Bonn statt. Von den 27 Mitgliedern dieser Honoratiorengesellschaft waren 17 anwesend. 10 befanden sich gerade auf Auslandsreisen.

Das Forum bildete Arbeitsausschüsse, u.a. einen zum Themenkreis "Privatinvestitionen in der Dritten Welt". In diesem Ausschuss findet man - wer hätte anderes zu hoffen gewagt - so illustre Persönlichkeiten wie Matthias Schmitt, seines Zeichens Vorstandsmitglied der Cabora-Bassa Firma AEG-Telefunken, Wilfried Guth, Mitglied des Vorstands des Abs-Instituts Deutsche Bank AG., Helmut Giesecke vom Deutschen Industrie-und Handelstag, Theodor Sonnemann, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes sowie - selbst als Feigenblatt kaum noch erkennbar - Jürgen Dornis, Student der Theologie.

Das Forum mausert sich also zu dem, was es ohnehin nur werden konnte: ein schlecht verschleiertes Instrument zur Rechtfertigung des status quo der bundesrepublikanischen Entwicklungsländerpolitik. Da nützt es auch nichts, dass Prof. Dams - in weiser Einschätzung der Kräfte-verhältnisse - es durchsetzte, dass auch Minderheitsvoten des Forums zur Veröffentlichung gelangen sollen.

Nun denn, das Volk wartet gespannt auf liberale bis progressive Minderheitsvoten. Nur - hätte man das nicht einfacher haben können?

PRIVATINVESTITIONEN -

ein Beispiel

3.Beitrag: Der Volta-Staudamm in Ghana.
Der folgende Artikel von J.Koopmans erschien am 17.5.69 in der NIEUWE ROTTERDAMSCHE COURANT. Er wurde dem iz3w von ... F.Bloech aus Minden zugesandt.

"Durch den Bau des Volta-Dammes erhielt Ghana die Verfügung über hydroelektrische Energie grossen Ausmasses. Dies ermöglicht die Ansiedlung einer Aluminium-Industrie,die auf billige Energie angewiesen ist.....
VALCO ist ein Tochterunternehmen von KAISER ALUMINIUM AND CHEMICAL CORPORATION (90 %) und REYNOLDS METALS (10 %). Diese beliefern VALCO mit Bauxit, VALCO verarbeitet diesen zu Aluminium. VALCO ist eine nicht erwachsene Tochter dieser zwei Riesen, denn der an VALCO gelieferte Bauxit bleibt Eigentum der Eltern. So ist auch das exportierte Aluminium Eigentum der beiden Mutterunternehmungen. VALCO bearbeitet lediglich den Bauxit gegen einen zuvor festgelegten Preis.

Der von VALCO ausbedungene Elektrizitätspreis gehört zum niedrigsten in der ganzen Welt; mit weniger als 1 Pfennig pro Kilowattstunde liegt er unterhalb des Selbstkostenpreises. Dabei sind noch nicht einmal die Kosten berücksichtigt, die durdh die Umsiedlung

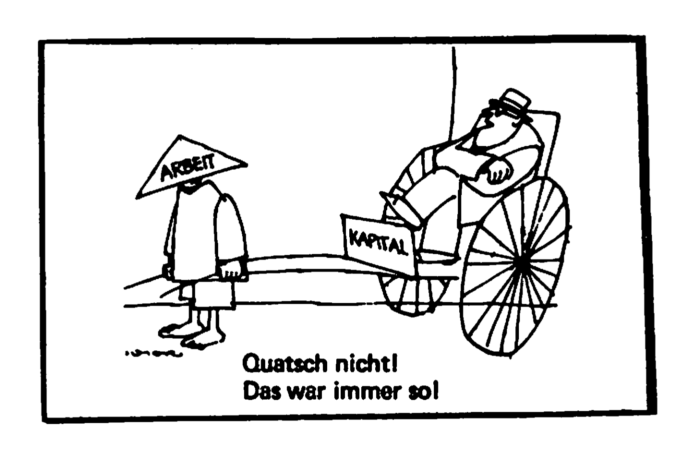
sechziger Jahren mit der anderen Variante entgangenes Gut nun doch noch zu erwerben. In den Jahren von 1952 bis 1969 investierten deutsche Konzerne ca. 7 Mrd.DM in Entwicklungsländern vorwiegend zum Zwecke ihrer Marktexpansion. Ziel ihrer Aktivitäten ist es, ihre internationale Machtposition zu festigen und anderen Konzernen beim Wettlauf um die Märkte der Entwicklungsländer den Rang abzulaufen.

Inlandsorientierte Direktinvestitionen finden sich grundsätzlich dort, wo schon entwickelte Teilmärkte oder die Chance einer günstigen Marktentwicklung bestehen. Somit ist es auch nicht verwunderlich, dass über 60 % aller deutschen Direktinvestitionen in Lateinamerika getätigt worden sind, wo ein kapitalistisches Treibhausklima für hohe Gewinne und Expansionschancen sorgt. Da es in der Regel Konzerne mit grosser Finanzkraft und Marktmacht sind, sind sie binnen kurzer Zeit in der Lage, die etwa schon bestehende einheimische Konkurrenz auszuschalten oder zumindest doch gar nicht erst entstehen zu lassen und bauen dann oft mit Hilfe von Staatsverträgen und Absprachen der korrupten einheimischen Regierungen ein Monopol auf, welches im Folgenden in der Lage ist, sowohl die Preise für die abzusetzenden Produkte als auch die Preise für Betriebsmittel, Löhne etc. zu diktieren. Sitzt ein derartiges Unternehmen erst einmal fest im Sattel, lässt die Gewinnretransferierung nicht mehr lange auf sich warten. (Über die Möglichkeiten einer verschleierten Gewinnretransferierung von Direktinvestitionen wird ein nächster Beitrag handeln.)

Vor dem aufgezeigten Hintergrund kann sich die aussenwirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt unter dem Einfluss von Direktinvestition tendenziell nur verschlechtern. Die Investoren importieren ihre Investitionsgüter zum Aufbau ihrer Produktionsstätten und tragen auch sonst wenig oder gar nichts dazu bei, den Devisenbestand des Entwicklungslandes zu vergrössern. Enrscheidend jedoch ist, dass sie den oben beschriebenen Wirtschaftsdualismus verstärken und dadurch die aussenwirtschaftliche Abhängigkeit der Länder vergrössern. Eine breit angelegte Importsubstituierung,die im Grunde das einzige Mittel ist, die desolate Aussenhandelslage der Dritten Welt zu lösen, kann somit nur von den Entwicklungsländern selbst aufgebaut werden.

hwe

1) Singer,H., The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries, S.142 (deutsch: wirtschaftlich gesehen sind sie Aussenposten der weiterentwickelten investierenden Länder).



dem Primärsektor, d.h. Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Sie sind daher im extraktiven Produktionsbereich (Eröl, Mineralien, Erze) und in der Plantagenwirtschaft anzutreffen. Die Unternehmensformen reichen von selbständigen Unternehmungen über Investitionen von Holdinggesellschaften, Tochtergesellschaften bis hin zu Betriebsstätten. Letztere sind auslandsbezogene Direktinvestitionen, die lediglich dazu dienen, die Muttergesellschaften mit den nötigen Rohstoffen zu versorgen. Zwischen Tochtergesellschaft und Betriebsstätte auf der einen und Muttergesellschaft auf der andern Seite herrscht oft nur fiktive Rechenhaftigkeit, d.h. der Güteraustausch zwischen den einzelnen Teilen eines Konzerns erfolgt nicht zu Marktpreisen, sondern zu relativ willkürlich gesetzten Preisen, was im Hinblick auf die Devisenvorräte der Entwicklungsländer häufig sehr fatale Konsequenzen hat.

Inlandsbezogene Direktinvestitionen produzieren Investitionsgüter und Konsumgüter für den Inlandsmarkt.

Als Unternehmen der weiterverarbeitenden Industrie haben diese Investitionen häufig den Zweck, Importzölle zu unterlaufen (Export von Produktionsunternehmen anstelle des Exports von Produkten).

Der weitaus grösste Teil der Direktinvestitionen wird von finanzstarken Konzernen angelegt. Sie versuchen oft mit brutalen Mitteln sich auf der einen Seite langfristig ihre Rohstoffquellen zu sichern, auf der anderen Seite ihr weltweites Monopol auch auf den Teil der Entwicklungsländer auszudehnen, auf dem es etwas zu verkaufen gibt.

Wirkungen auslandsbezogener Direktinvestitionen:

Investitionen, die lediglich dazu dienen, die ausländische Muttergesellschaft mit Rohstoffen zu versorgen, üben eine stark verzerrende Wirkung auf die Wirtschaft des Gastlandes aus. Abgesehen von den wenigen einheimischen Arbeitskräften, die Beschäftigung finden, verläuft das produktive Geschehen völlig isoliert von den übrigen Wirtschaftsprozessen ab: Die Investition wird mit ausländischem Kapital aufgebaut und produziert mit ausländischen Fachkräften. Ihre Güter, die sie produziert, gehen ohne jede Weiterverarbeitung ins Ausland, "economically speaking they are really an outpost of the economies of the more developed investing countries".1) Der Kontakt mit dem Entwicklungsland beschränkt sich auf das rein Finanzielle, es werden Steuern und Konzessionsgebühren an die Regierungen bezahlt.

Viele Regierungen, so zeigt allzuhäufig die Erfahrung, werden jedoch leider wieder von jener reichen Oberschicht gestellt, die an der eigentlichen Entwicklung des Landes kein Interesse zeigt, und die Devisen, die über Konzessionsgebühren ins Land fliessen, werden somit für teure Luxusimporte wieder im Ausland verschleudert. Die Masse der Bevölkerung partizipiert in keiner Weise an der Ausbeutung der Bodenschätze ihres Landes durch Konzerne der Industrienationen. Durch den Abbau der Erdölfelder, Mineralien und Erzbergwerke verlieren die Völker der Entwicklungsländer ihre elementare Chance zum Aufbau ihrer Länder. Darin findet sich die direkte Fortsetzung der Ausbeutungspolitik der ehemaligen Kolonialmächte. Leider besteht heute noch in grossem Maße der einzige Reichtum der Länder der Dritten Welt in ihren Bodenschätzen. Sollte sich dieser Reichtum erschöpfen, werden die Länder sich nicht einmal mehr selbst helfen können.

Wirkungen inlandsbezogener Direktinvestitionen:

Die Bundesrepublik, schon nach dem ersten Weltkrieg von der eigenen Sippe, den westlichen Industrienationen, ihrer Kolonien enterbt, konnte somit an dem lukrativen Geschäft der auslandsbezogenen Direktinvestitionen nicht teilhaben und versuchte in den fünfziger und

PRIVATINVESTITIONEN

2. Beitrag: Der Einfluss der ausländischen Direktinvestitionen auf die Entwicklung der aussenwirtschaftlichen Beziehungen der Entwicklungsländer.

Bei der Charakterisierung der Entwicklungsländer kann die dualistische Wirtschaftsstruktur als ein typisches Element ihres inneren Aufbaus angesehen werden. Dieser Dualismus kommt am deutlichsten in der Entwicklung der Märkte zum Ausdruck. Während ein Teil des Landes schon tiefer in den Prozess der Arbeitsteilung einbezogen ist und seine Produktionsleistungen am Markte austauscht, verharren die restlichen Regionen und Sektoren in überkommener Subsistenzwirtschaft und treten weder als Käufer noch als Verkäufer am Markte auf.

Die entwickelten Teilmärkte der Entwicklungsländer sind in der Regel zu klein, um autark wirtschaften zu können. Sie sind daher stark auf den Welthandel hin orientiert und hier zum Teil inzwischen in eine irreversible Abhängigkeit zu den monopolistischen Zentren der kapitalistischen Industrienationen geraten. Der Grund für diese entnationalisierenden aussenwirtschaftlichen Kontakte ist in der Geschichte der kolonialen Ausbeutung der Völker der Dritten Welt zu suchen. Bis zur (auch heute häufig nur formalen politischen) Unabhängigkeit der Entwicklungsländer wurden von Seiten der Kolonialmächte die Weichen zu ihrer dualistischen Wirtschaftsstruktur gestellt, die heute durch die Welthandelspolitik der Industrienationen zementiert, ja ausgebaut wird. Als konkrete Konsequenzen dieser einseitigen wirtschaftlichen Teilentwicklung ergeben sich folgende Faktoren:

- Ein chronischer Devisenmangel und eine chronisch defizitäre Zahlungsbilanz
- Ein grotesk über dem Landesniveau liegendes Konsumverhalten einer dünnen exklusiven Oberschicht, die hauptsächlich von kostspieligen Importen lebt
- Die Unfähigkeit und Interesselosigkeit der herrschenden Klassen,den nationalen Markt weiter zu entwickeln und die Subsistenzwirtschaft abzubauen
- ... und somit eine Vertiefung und Verhärtung des Grabens zwischen einseitig entwickelten Teilmärkten und Subsistenzwirtschaft.

In diesem dualistischen Prozess spielen Direktinvestitionen der Industrie des kapitalistischen Westens eine entscheidende Rolle. Sie unterscheiden sich von anderen Investitionen primär dadurch, dass der Investor selbst die betrieblichen Entscheidungsfunktionen, zumindest jedoch Kontrollfunktionen ausübt. Man unterscheidet im wesentlichen zwei Formen von Direktinvestitionen:

Entweder soll der Markt des Entwicklungslandes für ein bestimmtes Produkt erschlossen oder erweitert werden, oder es sollen die Märkte der Industrieländer mit Erzeugnissen (in aller Regel handelt es sich dabei um Rohstoffe aller Art) beliefert werden.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Zielrichtung der Direktinvestitionen lassen sich erstere als "inlandsbezogen" und letztere als "auslandsbezogen" bezeichnen. (H.Jürgensen)

Die auslandsbezogene Direktinvestition stellt die traditionell dominierende Form der Direktinvestition dar, sie ist ausschliesslich exportorientiert. Investitionen in diesem Bereich resultieren aus der Nachfrageentwicklung der Industrienationen nach Produkten aus

US-Interventionen in Asien (Vietnam, Laos, Thailand), Lateinamerika (Dominikanische Republik, Guatemala, Kuba) und in Afrika selbst (Kongo) legitimieren sollte.

Drei verschiedene Überlegungen könnten die USA zu einem verstärkten Interesse an Afrika veranlasst haben:

1. In der ganzen Welt wächst der Widerstand gegen die Beherrschung der Wirtschaft durch die USA und diese nationalistischen Bestrebungen führen zu Investitionsschwierigkeiten für die USA.
2. Die Konkurrenz innerhalb des imperialistischen Lagers wächst, da Japan, die BRD und Italien in wachsendem Maße die afrikanischen Märkte beherrschen.
3. Nicht zu unterschätzen sind die neuen Beziehungen militanter Organisationen in den USA - besonders der Black Panthers - mit den Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Regierungen in Afrika. Dies könnte zu einer größeren Unterstützung der Befreiung Afrikas - besonders gegen Pretoria, Salisbury und Lissabon - durch diese Organisationen führen, was seinerseits die Ermutigung der nordamerikanischen Schwarzen zum bewaffneten Kampf zur Folge haben könnte.

Diese neue Linie erklärt, warum in der 23. Sitzung der UN-Vollversammlung das Problem der Dekolonisierung auf den 2. Platz relegiert wurde und warum die Amerikaner, die sich bis dahin bei Resolutionen gegen die weißen Regierungen in Afrika der Stimme enthielten, jetzt auf einmal gegen pro-afrikanische Resolutionen stimmen. Diese neue Linie erklärt auch, warum die Zeitschriften der Wall Street in der letzten Zeit die Unternehmer auffordern, in afrikanischen Ländern vermehrt zu investieren, besonders in Ländern, die reich an Rohstoffen sind (Republik Guinea, Sierra Leone, Angola). Um diese Investitionen abzusichern, um die strategisch wichtige Kap-Route zu beherrschen und um die Gefahr zu bannen, daß die Präsenz antiimperialistischer Kräfte in Kap Verde die Azoren-NATO-Basis neutralisiert, müssen die imperialistischen Mächte versuchen, die Regierungen in Afrika unter Kontrolle zu halten. Hier konvergieren die Interessen der portugiesischen Kolonialisten, die PAIGC in Guinea-Bissau militärisch zu unterdrücken, mit den imperialistischen Interessen.

Zweifellos ist es richtig, die Ereignisse in der Republik Guinea in Zusammenhang zu bringen mit der Regierungsübernahme der konservativen Partei in England, der Afrikareise von Rogers im Februar dieses Jahres, der anschliessend an die NATO-Konferenz in Rom ein Aufenthalt in Lissabon im Mai folgte, sowie mit den einwöchigen Gesprächen des portugiesischen Aussenministers Rui Patricio mit Rogers in den USA und der Anwesenheit des Gouverneurs von Guinea-Bissau in Lissabon unmittelbar vor der Invasion in der Republik Guinea.

in Boé gelten als die reichsten der Welt: pro Jahr werden 8 Mio. Tonnen Bauxit (Aluminium) gewonnen. Mit diesem Projekt wird die Republik Guinea zum zweitgrößten Bauxit-Exporteur der Welt. 65 % der zu versteuernden Gewinne sollen Guinea zufallen. Die Boké-Mine soll zu 49 % der Regierung Guineas und zu 51 % der Halco Mining Inc. gehören, ein Konsortium, in dem bis auf 16 % die gesamte Beteiligung auf 3 US-Firmen verteilt ist. Halco investiert ca. 100 Mio. Dollar und die Weltbank gewährt einen Kredit in Höhe von 64,5 Mio. Dollar. Der Grund für die Beteiligung von US-Organisationen an diesem Projekt liegt nicht etwa darin, daß sie Sekou Touré helfen wollen, die beteiligten ausländischen Parteien erhoffen sich vielmehr den entsprechenden Gewinn aus diesen Investitionen und spekulieren weiterhin darauf, daß eine Regierung wie die Sekou Tourés, die sich der imperialistischen Beherrschung widersetzt, nicht immer an der Macht bleibt - ein Grund für die Teilnahme an Umsturzversuchen. Hinzu kommt, daß, sollte von amerikanischer Seite nicht investiert werden, die USA fürchten, Sekou Touré könne sich an die sozialistischen Länder wenden, was schon jetzt weitgehend der Fall ist, indem Projekte mit Unterstützung Chinas durchgeführt werden.

IV Schlussüberlegungen

Die zitierten Fälle Ghana, Sierra Leone und Republik Guinea zeigen, in welche Gefahr sich eine afrikanische Regierung begibt, sobald sie versucht, wirtschaftlich - und damit politisch - unabhängig zu werden von den imperialistischen Mächten. Diese nutzen das Dilemma aus, in dem sich die afrikanischen Regierungen befinden, die dem Bedürfnis ihrer Völker nach einem besseren Lebensstandard entsprechen wollen, jedoch nicht über das für Förderungsinvestitionen erforderliche Kapital verfügen und deshalb auf ausländisches Kapital angewiesen sind. Die Gefahr entsteht dann, wenn die afrikanischen Regierungen anfangen, kapitalistische Unternehmen zu nationalisieren oder die Kapitalisten auf Grund der von den afrikanischen Staaten betriebenen Politik unsicher werden. Von hier bis zur bewaffneten Intervention ist es nur ein Schritt!

Die Konsequenzen daraus zu ziehen, heißt jegliche Verbindung mit den Wirtschaftsinteressen der imperialistischen Mächte zu unterbrechen, tatsächlich die Macht dem Volk übergeben und es für die Verteidigung gegen ausländische Interventionen bewaffnen. Angesichts der relativen Schwäche der afrikanischen Staaten gegenüber den großen imperialistischen Mächten kann diese Politik nicht mit Erfolg verfolgt werden, solange nicht ein politischer und militärischer Zusammenschluss existiert, der eine gemeinsame Verteidigung erlaubt und verhindert, daß einzeln eine Regierung nach der anderen gestürzt wird.

In diesem Zusammenhang ist die 16-tägige Reise des US-Staatssekretär Rogers zu betrachten. Die USA probieren eine neue Politik des verstärkten Engagements in Afrika aus. Zu dem von Rogers dargestellten Plänen äusserte sich der rhodesische Aussenminister Howman, sie seien "realistisch", was uns über ihren Inhalt genug aussagt. Zur gleichen Zeit betonte Nixon in einer Rede, die USA "könne nicht akzeptieren, daß eine progressive Änderung im südlichen Afrika mit Gewalt erreicht wird." Wenn diese neue Politik erklärt, daß die USA ihren Freunden in Afrika helfen wird, sich selbst zu helfen, wann immer sie von Außenkräften bedroht werden, dann kann man darin nur die Neuauflage der Doktrin sehen, die die

- Auf dem Sektor der Kriegsmarine ist Portugal sehr schwach. Im Hinblick auf die Bedeutung der Kapverdischen Inseln sollte England seine gegenwärtige unfreundliche Haltung gegenüber seinem portugiesischen Verbündeten aufgeben und Portugal unterstützen, insbesondere in der Region San Vincente."

III Wirtschaftliche Unabhängigkeitsbestrebungen sind gefährlich

Auf dem Hintergrund dieser politischen Linie der imperialistischen Mächte sind eine Reihe von Komplotts in Westafrika - u.a. in der Republik Guinea - zu verstehen: Die Regierungen der Länder an der Kap-Route müssen kontrolliert werden. Das wird durch wirtschaftliche Abhängigkeit erreicht. Sollten diese Länder versuchen, sich wirtschaftlich - und damit politisch - unabhängig zu machen, dann unternehmen die imperialistischen Mächte den Versuch, ihre Regierungen zu stürzen.

So fiel 1966 der Sturz von Kwame Nkrumah genau auf den Vorabend der Vollendung des Voltaprojekts, das Ghana eine erhebliche wirtschaftliche Unabhängigkeit verlieh. (3) Interessant ist, daß in der Nacht, in der Nkrumah verhaftet wurde, der US-Botschafter in Accra zusammen mit Afrifa, einem der Organisatoren des Putsches, gesehen wurde.

Der Putschversuch gegen Dr. Siaka Stevens in Sierra Leone im September dieses Jahres geschah unmittelbar nachdem die Regierung Stevens beschlossen hatte, eine Beteiligung von mehr als 51 % an allen Bergwerken Sierra Leones anzustreben. Beteiligt an diesem Putschversuch waren u.a. 2 Majore aus Sierra Leone sowie der zweite Sekretär der US-Botschaft in Freetown, Mark Colby, der am Tage, an dem der Putsch stattfinden sollte, in der Residenz eines der Majore gesehen wurde.

Auch die Ereignisse in der Republik Guinea stehen im Zusammenhang mit Bestrebungen nach wirtschaftlicher Selbständigkeit. Seit 1960 sind die imperialistischen Mächte beunruhigt über die Dreijahres-Entwicklungspläne Guineas, die dieses Land evtl. zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit führen könnten. 1960 hatte die BRD ein Abkommen mit Guinea über den Bau einer Eisenbahnlinie Conakry-Kankan geschlossen. Diese Linie wurde nicht gebaut.

Sekou Touré war immer eine Störung für die Imperialisten. Sein "nein" an de Gaulle brachte ihm u.a. den Putschversuch des Jahres 1965 ein, der von französischen Diplomaten organisiert war. Ende September dieses Jahres kündigte Sekou Touré an, daß für Ende Oktober ein Komplott gegen ihn geplant sei, das von den oben erwähnten Söldnern aus Guinea-Bissau durchgeführt werden sollte. Gleichzeitig beschuldigte er vor der UNO-Vollversammlung Portugal der Planung von Angriffen auf Guinea und der Verletzung des guinesischen Luftraumes durch Militärflugzeuge. In diesen Tagen erlebten wir eine Invasion der Republik Guinea.

Das Projekt, das es Guinea erlaubt, sich wirtschaftlich eine gewisse Unabhängigkeit zu schaffen und dadurch zum Grund für dieses Komplott wurde, ist das Boké-Projekt. Es schliesst den Bau eines Bergwerkes und einer Stadt in Sangaredi ein, sowie einer Eisenbahnlinie, eines Hafens und einer Stadt in Kamsar. Die Bauxit-Vorkommen

---

(3) Für eine Analyse der Komplotts in den 3 im folgenden zitierten Ländern, siehe: "Africa in the World", London, Nov. 1970.

weiterhin:

Verstärkung der britischen Präsenz entlang der Kap-Route,
1. Luftwaffe in der Region,
2. Atom-U-Boote zur Unterstützung Südafrikas,
3. Idee einer schwimmenden Basis mit Senkrechtstartern.

2. Die Sicherheit Portugiesisch-Afrikas:

Die gegenwärtig unmittelbarste Bedrohung der Sicherheit der Kap-Route kommt aus Portugiesisch Guinea. Diese Kolonie ist nur klein, aber wichtig einerseits wegen Kap Verdes mit seiner Flottenbasis San Vicente und dem Luftstützpunkt Sal und andererseits weil es, zusammen mit den anderen portugiesischen Kolonien betrachtet, eine vitale strategische Bedeutung gewinnt.
Der Waffenlieferungsboykott von Seiten Englands (Portugal benötigt vor allem Hubschrauber und Amphibienfahrzeuge) beeinträchtigt stark Portugals Kriegsanstrengungen. Dieser Boykott steht im Gegensatz zu den Interessen der NATO.

Sollte Portugal sich aus Portugiesisch Guinea zurückziehen oder hinausgedrängt werden, so ergibt sich
1. ein psychologischer Vorteil für die nationalistischen Kräfte in Angola und Mozambique;
2. der Hafen Bissau und der Flugplatz Bissalanca werden in die Hände der Russen fallen;
3. die Stabilität zahlreicher Staaten Westafrikas wird durch die Errichtung eines pro-sowjetischen Regimes in Bissau bedroht.

Sollte Portugal seine Kolonie Guinea verlieren, so würde die PAIGC und die Sowjetunion die Kapverdischen Inseln bedrohen:
1. Viele Bewohner Kap Verdes arbeiten in Guinea; dies erleichtert eine Infiltration von PAIGC-Anhängern und würde zu einer allgemeinen Auswanderung nach Guinea und einer "Unabhängigkeit" führen;
2. Es ist nicht undenkbar, daß die Russen der PAIGC bei einer Landung à la Castro in Cap Verde helfen würden;
3. Es ist sicher, daß die Sowjets planen, sich unter dem Vorwand "Befreiung" durch die PAIGC der Kapverdischen Inseln zu bemächtigen. (2)

Allgemeine Schlußfolgerungen:

Es gibt keine Anzeichen, die darauf hinweisen, daß Portugal seine Kolonien Angola und Mozambique nicht immer behalten kann. Es läßt auch nichts darauf schließen, daß sich die gegenwärtige portugiesische Politik ändern könnte.
Die britische Politik sollte sich einer Verminderung der Spannungen im südlichen Afrika zuwenden und in Anerkennung der Realität die Beziehungen der unabhängigen afrikanischen Staaten mit Portugal und Portugiesisch Afrika fördern.

Die britischen Diplomaten in diesen Staaten sollten nach Erhalt entsprechender Instruktionen in diesem Sinn arbeiten.
- England sollte in Zukunft Portugal nicht mehr im Sicherheitsrat dafür verdammen, daß es sich gegen bewaffnete Angriffe verteidigt.

(2) Dasselbe wird sinngemäß angeführt für Angola und Mozambique.

12 3W 2-3 dez 70 jan 71

1. Die Kap-Route

Aus der Schließung des Suezkanals ergibt sich die Notwendigkeit der Kontrolle über die Länder der Kap-Route, damit der Transport auf dieser Route gesichert ist.

Allgemeine Überlegungen:

a. erhöhter Handels- und strategischer Wert dieser Route wegen der Schließung des Suezkanals;
b. für die westlichen Alliierten ist der Suezkanal praktisch wertlos geworden, da die großen Handelsschiffe und vor allem die Öltanker für Suez zu groß sind;
c. ein großer Prozentsatz des NATO-Handels spielt sich über die Kap-Route ab;
d. die Route führt nach Südafrika, einem der wichtigsten Handelspartner Großbritanniens;
e. Öltransporte vom vorderen Orient nach Europa und Nordamerika gehen über die Kap-Route;
f. die Route ist für den Weg nach Asien, Australien und Neuseeland von strategischem Wert.

Bedrohungen der britischen Interessen:

a. An der südafrikanischen Küste oder im Binnenkontinent könnten bewaffnete Angriffe vorkommen (auch ohne Krieg), ohne eine sofortige Antwort zu implizieren, wie dies im NATO-Gebiet der Fall wäre;
b. da die Route als Nicht-NATO-Gebiet besonders verletzlich ist, könnten Kriege ihre Sicherheit bedrohen, zum Beispiel durch direkt von den Kommunisten inspirierte und unterstützte Angriffe gegen Angola, Mozambique, Portugiesisch-Guinea, Rhodesien und Südafrika. (...) Die Russen und vielleicht auch die Chinesen könnten leicht ihre Kriegsschiffe in Sansibar oder Cap Verde stationieren. Diese letztere Möglichkeit ergibt sich evtl., wenn der kommunistisch inspirierte Aufstand in Portugiesisch Guinea Erfolg hat.
c. Die wachsende Konkurrenz, die die Sowjetunion auf dem Gebiet des Handels und der Marine dem Westen macht, stellt eine unterschwellige Drohung dar.

Vorschläge für notwendige Maßnahmen:

a. Auf dem politischen Sektor wird der erste Schritt die Wiederherstellung der Beziehungen mit Südafrika auf der Basis gemeinsamer Interessen sein, Verbesserung des Handels zwischen beiden Ländern und Lieferung von Waffen an Südafrika. Ebenso Beendigung der Sanktionen gegen Rhodesien.
Andernfalls besteht die Gefahr, daß Südafrika politisch isoliert und dadurch gezwungen wird, neutral zu werden. Dies würde den Verlust der Flottenbasis Simonstown bedeuten.
b. Unterstützung der afrikanischen Staaten, die Portugal, Rhodesien und Südafrika positiv gegenüberstehen.
c. Erneuerung des Abkommens von Simonstown;
d. Gemeinsame Übungen der südafrikanischen und englischen Marine;
e. Benutzung der anglo-portugiesischen Allianz, um zu Verteidigungsabkommen im Südatlantik zu kommen.
In diesem Zusammenhang muß besonders an die Häfen Beira (Mozambique), Lobito (Angola) sowie an die Häfen Kap Verdes gedacht werden.
f. Förderung einer Allianz England-Südafrika-Argentinien-Brasilien.

Caetano, der Nachfolger Salazars, äußerte sich deutlich in einer seiner ersten Reden im November 1968:

"Der größte Teil der Bevölkerung von Guinea kämpft gegen den Terrorismus auf seiten der regulären Verbände. Aber der Terrorismus scheint in diesem Gebiet eine viel größere und wirksamere Unterstützung zu finden, besonders seitens der Sowjetunion, als in den anderen Provinzen. Es ist festzustellen, daß dort eine nachdrückliche und beschleunigte Anstrengung erfolgt, für die weder Waffen noch andere Hilfen gespart werden. Und der Grund für dieses besondere Interesse ist kein Geheimnis: Die Verantwortlichen verbergen nicht, daß Guinea die Ausgangsbasis für den Überfall auf die Kapverdischen Inseln bildet, die eine Schlüsselposition für die Verbindung zwischen Nord- und Südatlantik und sogar zwischen seinen beiden Ufern einnehmen."
"In einer Zeit, in der die russische Flotte im Mittelmeer von Tag zu Tag wächst und wo Rußland sucht, Militärstützpunkte zu errichten, kann der Aufmerksamkeit keines Menschen die Bedeutung entgehen, die der Besitz der Kapverdischen Inseln in rußlandfreundlichen Ländern darstellt. Europa wäre dann eingeschlossen."
"Die Sicherheit der Länder kann heutigentags nicht an ihren Grenzen verteidigt werden. Die Nationen sind eingeschlossen in Großräume, deren Schicksal sie teilen. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Länder Westeuropas wird nicht nur im eigentlichen Europa entschieden, sondern ebenso in Afrika. Das ist der Grund, warum wir Guinea verteidigen müssen. Sicher in unserem eigenen Interesse, aber ebenso im Interesse Westeuropas und selbst Amerikas." (Zitiert aus der Niederschrift der Rede "In ehrlicher Absicht, dem portugiesischen Volk aufs Beste zu dienen", hrsg. Secretaria de Estado da Informacao e Turismo (SNI), Lissabon 1968, S. 7-8.)

Dies ist ein "Wink mit dem Zaunpfahl" an die Adresse der imperialistischen Mächte und besonders der NATO, und der Hilferuf wurde gehört, da er den eigenen Interessen der portugiesischen Verbündeten entgegenkam.

II Ein britisches Geheimdokument

Um die Ereignisse in Guinea interpretieren zu können, ist es erforderlich, die allgemein von den imperialistischen Mächten in Afrika verfolgte Politik zu betrachten. Hier soll ein von der britischen Konservativen Partei vor ihrer Machtübernahme aufgesetztes Geheimdokument stellvertretend für alle reden. Es wird im folgenden in Auszügen und Stichworten wiedergegeben. (1)

"Wir schlagen diese Aktion vor, um Tragödien zu vermeiden, die in die Geschichte eingehen würden.

---

(1) Dieses "streng geheime" Dokument wurde von der Zeitschrift Africasia (Paris, 20. Juli 1970, S. 16-21) veröffentlicht. Es wurde von einem ad hoc-Komitee unter Vorsitz des Abgeordneten Sir Frederick Bennett für den "Conservative Commonwealth and Overseas Council" vorbereitet. Es besteht aus einem von dem Komitee verfassten allgemeinen Teil und einer Sonderstudie über die portugiesischen Kolonien, die von dem Komiteemitglied Patrick Orr vorgelegt wurde.

also nur die Möglichkeit der politischen Offensive, indem es die Nachbarländer Senegal und die Republik Guinea, die die PAIGC unterstützten, angreift und zwar mit doppeltem Ziel: einmal, um - nach dem Muster Israels, das den Libanon angriff, um zu verhindern, daß es sich den palästinensischen Widerstandskämpfern anschloß - Feindschaft zwischen den Völkern zu säen, und zum anderen, um die Regierungen dieser Nachbarländer dazu zu bewegen, nicht mehr als Hinterland und Nachschubbasis für die PAIGC zu dienen.

So begann Portugal mit Angriffen auf den Senegal, jedoch nicht ohne Wissen und Rat Frankreichs, der "Schutzmacht" des Senegal. Im Dezember 1969 wurde das senegalesische Grenzdorf Samine bombardiert; die Stadt Ziguinchor wurde von Flugzeugen überflogen, die Flugblätter abwarfen mit der Drohung der Bombardierung, falls der Senegal nicht jegliche Verbindung mit Guinea-Bissau abbräche. Diese Taktik schlug zwar zuerst fehl, blieb jedoch später nicht ohne Wirkung auf die Haltung Senegals, als Portugal seine Angriffe fortsetzte. Senghor appellierte an die UNO und an Verhandlungen Frankreichs mit Portugal. Als dies zu keinem Ergebnis führte, ließ Senghor die im Senegal gelegenen Krankenhäuser der PAIGC schließen, behinderte den Durchgang von Waffen und Nachschub und unterstellte sogar die Medikamente und Lebensmittel für die PAIGC einer strengen Kontrolle.

Diese Reaktion der Regierung Senghor kam allerdings nicht unerwartet: von Senegal war 1969 ein Dreistufen-"Friedensplan" für Guinea-Bissau gekommen, demzufolge Guinea-Bissau nach einer Periode interner Autonomie die Unabhängigkeit im Rahmen einer luso-afrikanischen Gemeinschaft erhalten sollte. Diesem Plan widersetzte sich die PAIGC; sie erinnerte Senghor daran, daß Entscheidungen über Guinea-Bissau und dessen Beziehungen zu Portugal von der PAIGC zu treffen seien, und stellte fest, sie betrachte diesen "Friedensplan" als neokolonialistisch. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, daß in Dakar eine "Front für die Unabhängigkeit Guineas" (Fling) existiert und daß deren Führer Pinto Bull zweimal von Salazar in Lissabon empfangen wurde und sich anschließend "befriedigt über diese Unterhaltungen" zeigte.

Anders verhielt sich dagegen Sekou Touré in der Republik Guinea, der sehr entschieden Truppen an die Grenze zu Guinea-Bissau verlegte, um die Angriffe der Portugiesen abzuwehren. Diese Angriffe der portugiesischen Kolonialisten gegen Guinea begannen 1969. Im August 1970 protestierte die Republik Guinea vor der UNO-Vollversammlung gegen die Verletzung ihres Luftraumes durch Portugal. Im September wurden Söldner verhaftet, die in Guinea-Bissau von dem Kongo-Söldner Schramme für den Einsatz in der Republik Guinea trainiert wurden. Im Oktober wurden in Gambia die Söldner Samba Dialla und Boubacar, beide wohnhaft in Bissau, verhaftet zusammen mit 38 Guinesen, die dort trainiert wurden, später zu einem Militärlager in Guinea-Bissau gehen und von dort den Angriff auf Sekou Touré vorbereiten sollten. Die beiden Söldner hatten walkie-talkies bei sich, mit deren Hilfe sie sich mit einem portugiesischen Schiff in gambischen Gewässern in Verbindung setzen sollten.

Trotz dieser Drohungen unterstützt die Regierung Sekou Touré weiterhin die PAIGC, die ihren Hauptsitz in Conakry hat. Weil die Anstrengungen Portugals in der Republik Guinea nicht denselben Erfolg hatten wie im Senegal, war Portugal an einem Sturz Sekou Tourés interessiert, da Guinea nunmehr die einzige Nachschubbasis für die PAIGC darstellt.

Ohnmächtig gegen den Befreiungskampf der PAIGC suchte Portugal in verstärktem Maße Unterstützung bei seinen Verbündeten. Marcello

Bevölkerung aufforderte, zu den Waffen zu greifen und sich zu verteidigen, was auch getan wurde, denn die ersten Angriffe wurden vom Volk selbst zurückgeschlagen. Dies wurde von einem Journalisten der amerikanischen Associated Press bestätigt.

Der einzige bis jetzt umfassende Bericht über die Ereignisse in der Republik Guinea stammt von dem Untersuchungsausschuß der UNO, der an Ort und Stelle eine Untersuchung durchführte und am 4. Dezember die Ergebnisse dem UN-Sicherheitsrat vorlegte. Der Ausschuß beschuldigte Portugal offiziell, an dem Angriff beteiligt zu sein. Portugiesische Streitkräfte haben zusammen mit oppositionellen Guinesen die Invasion unternommen. In dem Bericht kommt der Ausschuß zu dem Schluß, daß die Truppen von Schiffen in Guinea an Land gesetzt wurden, "deren Besatzungen vorwiegend aus weißen Portugiesen unter dem Kommando weißer portugiesischer Offiziere" bestanden. Die Invasionstruppen selbst haben sich "aus portugiesischen Einheiten, vorwiegend afrikanischen Soldaten aus der portugiesischen Kolonie Guinea unter dem Befehl regulärer weißer portugiesischer Offiziere sowie aus einem Kontingent oppositioneller Guinesen, die in der portugiesischen Kolonie Guinea ausgebildet und bewaffnet wurden", zusammengesetzt.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, die Hintergründe für diese Invasion zu analysieren. Aus dieser Analyse kann man dann den Schluß ziehen, daß es nicht widersprüchlich ist, wenn von verschiedenen Initiatoren der Aktion bzw. Invasoren die Rede ist. Interesse am Sturz Sekou Tourés haben die portugiesischen Kolonialisten, da Sekou Touré die PAIGC unterstützt, die imperialistischen Mächte, da Sekou Tourés Politik gegen die Interessen des Kapitals verstößt und die interne Opposition, die im Lande die Interessen der imperialistischen Mächte vertritt.

I Die Interessen des portugiesischen Kolonialismus

Das Jahr 1969 war ein Jahr entscheidender Erfolge für die revolutionäre Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau und Cap Verde (PAIGC), die sich in Guinea der militärischen Übermacht einer 30 000 Mann starken portugiesischen Armee widersetzt. In diesem Jahr wurde im Süden des Landes - mit Ausnahme einiger isolierter Städte - die Befreiung abgeschlossen. Noch wichtiger jedoch war die Befreiung der Region von Medina-Boé, die zum Zusammenbruch der portugiesischen Ostfront führte und damit die Offensive nach Westen - d.h. die Befreiung der gesamten Kolonie - einleitete. Diese Niederlagen der kolonialistischen Armee machten die Nordfront, einschließlich der Stadt Bissau, zu dem entscheidenden Sektor in einer Kolonie, die bereits zum größten Teil befreit ist.

Diese Situation erklärt die zahlreichen NATO-Missionen, die 1969 Guinea-Bissau besuchten, und den Entschluß Portugals, die Nordfront auf jeden Fall und mit allen Mitteln zu verteidigen.

Theoretisch ergaben sich für Portugal zwei Möglichkeiten: eine große militärische Gegenoffensive oder eine politische Offensive. Die militärische Großoffensive kam unter den gegebenen Umständen jedoch nicht in Frage, da die portugiesischen Truppen auch in den Kolonien Angola - gegen die MPLA - und Mozambique - gegen die Frelimo - beansprucht werden. Daß Portugal tatsächlich nicht in der Lage ist, eine derartige militärische Großaktion erfolgreich durchzuführen, zeigte sich jetzt, als die Großoffensive "Gordischer Knoten" gegen die Frelimo von dieser zurückgeschlagen wurde. Es blieb Portugal

Die Hintergründe der Ereignisse in der

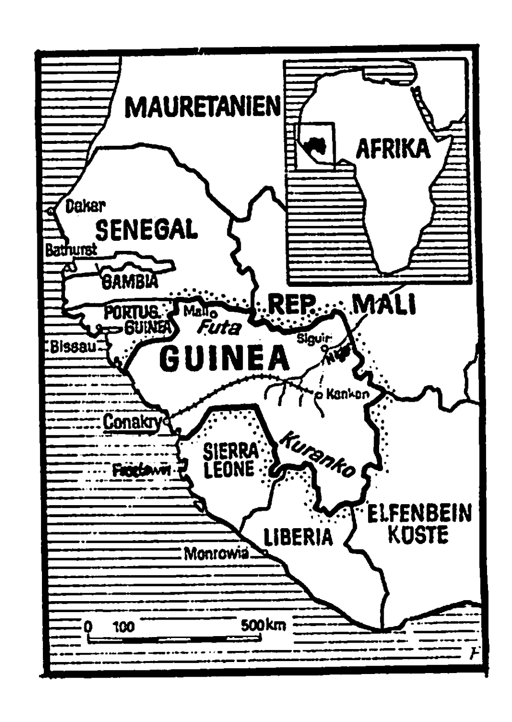
REPUBLIK GUINEA

oder

WIE DIE IMPERIALISTISCHEN MÄCHTE DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIALISMUS UNTERSTÜTZEN [1)]

von Eduardo Ferreira

Seit dem 22. November dieses Jahres ist die Republik Guinea Opfer einer Invasion afrikanischer und europäischer Söldner. Von der Regierung Sekou Touré werden die portugiesischen Kolonialisten als Hauptanführer dieser Invasion angegeben, deren Ziel es sei, seine Regierung zu stürzen, die die Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau (PAIGC) stark unterstützt. Nigeria, Tansanien, Libyen, Algerien, Ägypten und Kenia haben Sekou Touré ihre Unterstützung für die Niederschlagung der Invasion angeboten.



Die westliche Presse beeilte sich, die Nichtbeteiligung der Portugiesen zu betonen, andererseits verlautete von verschiedenen Seiten, es handle sich um einen Putsch der guinesischen Opposition oder um einen Volksaufstand gegen Sekou Touré.

Für die Beteiligung von Portugiesen an der Invasion sprachen jedoch u.a. die Aussage des Deutschen Johann Deuringer, der bei einem Angriff der Invasionskräfte auf das Haus von Amilcar Cabral, dem Führer der PAIGC, verwundet wurde, die Aussage des gefangenen portugiesischen Offiziers Ambrósio Fernando, der behauptete, daß jeder Söldner 1 Mill. Escudos (= portugiesische Währung) erhielt, sowie die Meldung, daß am 27. November 200 portugiesische Soldaten aus der portugiesischen Kolonie Guinea die Grenze zur Republik Guinea überschritten hätten.

Daß es sich ausschließlich um ein Unternehmen der im Ausland lebenden guinesischen Militärs handelt, behauptet ein sich als Zeuge ausgebender Guinese; ihm widerspricht jedoch ein Führer der guinesischen Oppositionsorganisation FLNG, der die Aktion ausschließlich für seine Organisation beansprucht.

Gegen die Auffassung schließlich, es handle sich um einen Volksaufstand, spricht die schlichte Tatsache, daß Sekou Touré selbst die

---

1) Abdruck aus: Neues Rotes Forum, 3/70 vom 16.12.1970, S. 3-7

Wir wollen ein Land, in dem der Mensch nicht durch den Menschen ausgebeutet wird und wo wir unsere Zukunft selbst bestimmen können. So gesehen, sind wir von der Entwicklung in Tanzania stark beeindruckt.

F.: Herr dos Santos, Ihr Gesprächspartner ist ein Entwicklungshelfer des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED). Sind Sie schon einmal der Arbeit der Entwicklungshelfer begegnet, und wie bewerten Sie deren Leistung?

A.: Sie sind der erste deutsche Entwicklungshelfer, den ich kennenlerne, aber ich habe gelegentlich schwedische Entwicklungshelfer in Tanzania getroffen. Ich glaube, ihre Arbeit ist ein sehr wichtiger Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit. Ausserdem finde ich sie sehr geeignet, den notwendigen Erfahrungsaustausch zwischen den Völkern der Welt zu realisieren.

F.: Was für ein Mensch sollte ein Entwicklungshelfer sein? Welche Arbeit sollte er tun und welche Einstellung sollte er gegenüber seinem Gastland haben?

A.: Ein Entwicklungshelfer sollte schon in seinem Heimatland Grundsätze haben. wenn er in andere Länder geht, sollte er prüfen, ob er fähig ist, dort für Freiheit und Gerechtigkeit zu arbeiten. Wenn nicht, sollte er besser sein Vorhaben aufgeben.

F.: Wie bewerten Sie die deutsche Entwicklungshilfe in Afrika?

A.: Einige Länder haben sehr schlechte Erfahrungen mit der deutschen Entwicklungshilfe gemacht. Zum Beispiel wurde die Hilfe an Tanzania zeitweilig eingestellt, weil dieses Land der Einrichtung eines ostdeutschen Konsulats zustimmte. Wir hoffen, Willy Brandt wird die Bedingungen, unter welchen deutsche Entwicklungshilfe gewährt wird, ändern.

Ich möchte noch einmal betonen, wir sind bereit, Hilfe von der Friedrich-Ebert-Stiftung anzunehmen, wenn die Bundesrepublik ihre militärische und finanzielle Hilfe für Portugal einstellt. Es wäre ein grosser Beitrag für Freiheit und Frieden in Afrika, wenn das deutsche Volk in dieser Beziehung die Einstellung seiner Regierung ändern könnte.

Herr dos Santos, wir danken Ihnen recht herzlich für dieses Gespräch.

Stempel: Frente de Libertação de Mozambique
FRELIMO

gez. Unterschrift.